E&W

Erziehung & Wissenschaft 02/2017
Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW

GEW

MEHR ZEIT FÜR BILDUNG

Foto: Wolf-Dietrich Weissbach

FRITZ REHEIS

Turbobildung

Wenn Schüler und Studenten von „Bulimielernen“ sprechen, charakterisieren sie ihre Bildungspraxis als Fastfood- und Wegwerfbildung. Diese Praxis zielt zunächst darauf, Bildung mit hohem Druck in Köpfe, bisweilen auch Herzen und Hände zu pressen. Turbobildung. Um Zeit zu sparen, sortieren Schulen und Hochschulen die Lernenden in Gruppen, von denen gleiches Lerntempo erwartet wird. Sie definieren durch einen detaillierten Plan, was wann und oft auch wie zu lernen ist. Sie organisieren den Lernbetrieb als Wettrennen um knapp gehaltene gute Noten und Credit Points. Sie sortieren die Welt in Fächer, die Fachinhalte in mundgerechte Häppchen, die didaktisch-methodisch von allem gereinigt werden, was bremsen könnte. Sie flößen schließlich den Lernenden die dergestalt vorgekochte und vorverdaute Nahrung – oft noch ansprechend zurechtgemacht (Folien) und mit didaktischen Lockstoffen angereichert (Filmchen) – im 45- oder 90-Minuten-Takt so ein, dass alles möglichst schnell geschluckt wird. Wenig Kauarbeit, unverzügliche Sättigung, kaum Ballaststoffe. Diese Art von Bildung bleibt, wie wir wissen, nur wenig haften. Nach der Einlösung des Tauschwerts – der Noten, Leistungspunkte, Zeugnisse – wird sie schnell wieder entsorgt. Hinunterschlingen, Herauskotzen und Vergessen bilden also eine Einheit.

Dem Zeitdruck fällt vieles zum Opfer: die sinnlich-spielerische Annäherung an Gegenstände, das selbstständige Erschließen von Themen, das selbst organisierte Zusammenarbeiten, das versuchsweise Wechseln der Perspektive, das Überprüfen der Resultate, eigene Fragen. Der Wettlauf um die Vermeidung von Fehlern zwingt Lernende obendrein auf einen Dauerprüfstand, beginnend mit Grundschulreifetests und noch lange nicht endend mit dem Bachelorabschluss. Dass auch der prekär beschäftigte wissenschaftliche Nachwuchs sich im universitären „Hamsterrad“ (Erziehungswissenschaft 53/2016) abstrampelt, kann nicht verwundern. Fastfood ist selten gesund. Die Narben, die Turbo(hoch)schulen bei Lernenden und Lehrenden hinterlassen, sind offensichtlich. Gravierender noch sind die Konsequenzen des Turbobetriebs für die Ergebnisse des Bildungsprozesses. Er produziert halbwegs willige Arbeitskräfte, gut lenkbare Konsumenten und meist gesetzestreue Untertanen. Wie aber steht es um die viel beschworene Mündigkeit? Um den eigensinnigen, verantwortungsfreudigen, widerständigen Wirtschafts- und Staatsbürger? Der Umgang mit Zeit bei der Ernährung des Geistes ist symptomatisch für unser gesamtes Turboleben. Das Fastfood- und Wegwerfprinzip zielt auf die beschleunigte Steigerung von Produktion, Konsum und Abfall.

Was wäre die Alternative? Beim Konsumieren, Arbeiten und eben auch beim Lernen achtsamer mit Zeit umzugehen. Sich also nicht an den Programmzeiten der Ökonomie, sondern an den Eigenzeiten des Lebens zu orientieren. Erinnern wir uns an den Ursprung des Wortes „Schule“: an griechisch „scholé“, die Zeit, in der die Geschäfte ruhen, die Mußestunden also. Je mehr heute der „Sach“zwang der Beschleunigung unser Leben beherrscht, desto wichtiger werden Orte, an denen das Innehalten gelernt, geübt und genossen wird. Eine entschleunigte (Hoch)Schule ist nicht nur ein wichtiger Beitrag zur Selbstkultivierung des Menschen (Immanuel Kant). An solchen Orten können sich Generationen und Fachperspektiven begegnen, kann in aller Ruhe über den gemeinsamen Weg nachgedacht werden. An solchen Orten konvergieren individuelle und kollektive Prägungen. Persönlichkeitsbildung und politische Willensbildung stellen Weichen in die Zukunft. Beide sind existenziell aufeinander angewiesen. Genau diese Möglichkeit zur Autonomie ist es, die den Menschen aus der Welt der Tiere heraushebt. Wir sollten sie nutzen und Widerstand leisten, wo diese bedroht ist.

Prof. Fritz Reheis,
Akad. Dir. i. R., Lehrbeauftragter am Lehrstuhl Allgemeine Pädagogik der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, Kontakt: fritz.reheis@t-online.de

Inhalt

Prämie des Monats
Seite 5

Gastkommentar
Turbobildung — Seite 2

Impressum — Seite 3

Auf einen Blick — Seite 4

Prämie des Monats — Seite 5

Schwerpunkt: Mehr Zeit für Bildung
1. Bildung braucht Zeit: Protokolle aus Schule, Kita und Hochschule — Seite 6
2. Zeitmangel an Hochschulen: In der Uni-Mühle — Seite 12
3. Zeitproblem im Kita-Alltag: Totgeschwiegen — Seite 16
4. Interview mit Kornelia Schneider: „Es wäre gut, lockerer zu werden“ — Seite 18
5. Wachsende Sonderaufgaben an Schulen: Permanenter Zeitdruck — Seite 19

Internationales
Perus Gewerkschaften: Neustart nach der Diktatur — Seite 22

fair childhood – Bildung statt Kinderarbeit
Nationaler Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte: Zahnloser Tiger — Seite 24

Jugendhilfe und Sozialarbeit
Beteiligung geflüchteter Kinder an Bildung: Miteinander aufwachsen — Seite 26

E&W-Serie „Willkommen in Deutschland“
Qualifizierungsmaßnahmen für junge Geflüchtete: Tropfen auf den heißen Stein — Seite 28

Gesellschaftspolitik
Asyl: Vorurteil und Fakt — Seite 31

Hochschule
Erster Hochschul-Sozialarbeiter Deutschlands: Wenn das Studium drückt — Seite 32

Initiative „Bildung. Weiter denken!“
1. Mythen der Steuerpolitik: Von Rekord zu Rekord!? — Seite 34
2. GEW-Broschüre: Am Scheideweg — Seite 34

Hintergrund Rechtspopulismus
1. AfD: Renaissance des Konservativ-„Revolutionären“ — Seite 36
2. Studien zum Rechtspopulismus: Rechtes Weltbild grenzt aus — Seite 38
3. Interview mit Prof. Franz-Josef Krafeld: „Wertschätzung und Positionierung“ — Seite 40

Leserforum — Seite 42

GEW-Intern
Aufruf zu den Internationalen Wochen gegen Rassismus — Seite 44

Rechtsschutz
1. Erfahrungsstufen in Besoldungsgruppen: Mitbestimmung ausgeschlossen — Seite 45
2. Gleichgeschlechtliche Partnerschaft: Nachteil gegenüber Ehegattin — Seite 46

Diesmal — Seite 48

Titel: Werbeagentur Zimmermann

IMPRESSUM

Erziehung und Wissenschaft
Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 69. Jg.

Herausgeber:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
im Deutschen Gewerkschaftsbund
Vorsitzende: Marlis Tepe
Redaktionsleiter: Ulf Rödde
Redakteurin: Helga Haas-Rietschel
Redaktionsassistentin: Katja Wenzel
Postanschrift der Redaktion:
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0
Fax 069 78973-202
katja.wenzel@gew.de
www.gew.de
facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft
twitter.com/gew_bund

Redaktionsschluss ist in der Regel der 7. eines jeden Monats.
Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich.

Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste und Internet sowie Vervielfältigung auf Datenträger der „Erziehung und Wissenschaft“ auch auszugweise nur nach vorheriger schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Gestaltung:
Werbeagentur Zimmermann,
Heddernheimer Landstraße 144
60439 Frankfurt

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung:
Stamm Verlag GmbH
Goldammerweg 16
45134 Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0
Fax 0201 472590
anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de
gültige Anzeigenpreisliste Nr. 40
vom 01.01.2017,
Anzeigenschluss
ca. am 5. des Vormonats

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main

ISSN 0342-0671

Die E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei gebleichtem Recyclingpapier gedruckt.

NPD-Verbotsantrag abgewiesen

Das Bundesverfassungsgericht hat Mitte Januar den NPD-Verbotsantrag der Bundesländer abgewiesen. In seinem Urteil stellten die Richter fest, dass die Ziele der NPD verfassungsfeindlich seien. Für ein Verbot sei die Partei jedoch nicht erfolgreich genug.

Nach dem gescheiterten Verbotsverfahren hat der DGB zum Engagement gegen die rechtsextreme Partei aufgerufen. Die NPD bekämpfe die demokratische Grundordnung Deutschlands, begründete DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach den Vorstoß: „Und das ganz offen: NPD-Funktionäre greifen Flüchtlingsunterkünfte an, bedrohen Kommunalpolitiker und äußern sich hemmungslos rassistisch, verfassungsfeindlich und antisemitisch.“ Kurz zuvor hatte der DGB bereits eine grundsätzliche Neubestimmung der Politik im Kampf gegen Rechtspopulismus gefordert. Die Politik müsse für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen, betonte DGB-Chef Reiner Hoffmann. Dafür sei beispielsweise mit dem Mindestlohn ein erster Pflock eingeschlagen worden, dieser reiche jedoch bei Weitem nicht aus (s. auch „Hintergrund Rechtspopulismus“ in dieser E&W, S. 36 bis 41).

Kein Ergebnis

Keine Ergebnisse haben die Auftaktverhandlungen zur Tarifrunde für den öffentlichen Dienst der Länder Mitte Januar in Berlin gebracht. Arbeitgeber und Gewerkschaften hätten ihre Bereitschaft zu konstruktiven Gesprächen signalisiert, sagte GEW-Vorsitzende Marlis Tepe nach der ersten Runde. Sie wies darauf hin, dass die Gewerkschaften ein Forderungspaket mit einem Gesamtvolumen von sechs Prozent geschnürt hätten. Teil des Katalogs sei eine Gehaltserhöhung mit sozialer Komponente in Form eines Sockel- oder Mindestbetrages. Für die höheren Entgeltgruppen im Tarifvertrag der Länder (TV-L) sollten die zusätzliche Entwicklungsstufe 6 eingeführt und weitere strukturelle Verbesserungen bei der Eingruppierung übernommen werden. Gleichzeitig müssten die Einkommen der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) der Länder so angehoben werden, dass sie das Niveau vergleichbarer Arbeitnehmer bei Bund und Kommunen erreichen. „In dieser Tarifrunde wollen wir Anschluss an die Entwicklung der Gehälter der im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen Beschäftigten halten. Den öffentlichen Dienst zu stärken, heißt auch, die Binnenkonjunktur anzukurbeln“, betonte Tepe. „Der öffentliche Dienst muss für Arbeitnehmer attraktiv bleiben: Dazu gehören nicht zuletzt eine gute Bezahlung und faire Arbeitsbedingungen – für die Lehrkräfte hat eine Einführung der Entwicklungsstufe 6 hohe Bedeutung. Wir brauchen unbedingt zusätzliche Lehrkräfte. Schon jetzt fehlt es an ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern.“ Die GEW-Vorsitzende machte noch einmal deutlich, dass die Zahl der befristeten Arbeitsverhältnisse, insbesondere an den Hochschulen, gesenkt werden müsse. Die zweite Verhandlungsrunde hat nach Redaktionsschluss der E&W am 30./31. Januar stattgefunden. Die dritte – und voraussichtlich letzte – Runde findet am 16./17. Februar in Potsdam statt. Alle weiteren Infos zur Tarifrunde in der Januar-Ausgabe der E&W sowie auf der GEW-Website unter: www.gew.de/troed2017

didacta die Bildungsmesse **14. – 18. 02. 2017 Messe Stuttgart**

Auf zur „didacta“ nach Stuttgart!

Auf geht’s zur Bildungsmesse „didacta“, die vom 14. bis 18. Februar in Stuttgart stattfindet. An den Ständen der GEW empfangen wir Sie jederzeit gerne mit Kaffee sowie Materialien aus allen Bildungsbereichen und bieten Infogespräche an. Die GEW Baden-Württemberg hat als besonderen Service für alle Mitglieder und Interessierten eine professionelle Ruhegehaltsberechnung organisiert, die kostenfrei am Stand in Halle 1 genutzt werden kann. Die GEW bietet zudem Veranstaltungen im Messeprogramm an. Hier eine kleine Auswahl:

„Weil wir es wert sind. Für Lohngerechtigkeit in der Schule“, Donnerstag, 16. Februar, 16 bis 16.45 Uhr, Forum „didacta aktuell“, Halle 5, Stand 5D32.

„Ankommen in Kita und Schule. Bildung für geflüchtete Kinder und Jugendliche inklusiv gestalten“, Samstag, 18. Februar, 11 bis 11.45 Uhr, Forum „didacta aktuell“, Halle 5, Stand 5D32.

Den Gemeinschaftsstand des GEW-Hauptvorstandes und des Landesverbandes Baden-Württemberg finden Sie in Halle 1, 1G81, den GEW-Kita-Stand in Halle 3, 3A81.

Alle weiteren Infos zur „didacta“ gibt es unter: www.gew.de und www.gew-bw.de

Eisenmann Präsidentin der KMK

Susanne Eisenmann (CDU), Kultusministerin in Baden-Württemberg, ist in 2017 Präsidentin der Kultusministerkonferenz (KMK). Die Präsidentschaft wechselt jährlich und wird jeweils von den Kultusministern der Bundesländer wahrgenommen. Eisenmann will die berufliche Bildung stärken. Dazu gehört etwa die Frage, wie sich die Schulen auf das Megathema Digitalisierung vorbereiten können, das in der Arbeitswelt eine immer größere Rolle spielt. Zudem will sie die Schülerinnen und Schüler bei der Berufswahl mehr unterstützen und sich dem Thema stellen, wie geflüchtete Menschen für den Arbeitsmarkt qualifiziert werden können.

Foto: dpa

Susanne Eisenmann

GEW-Beitragsbescheinigung im Außencover

GEW-Mitglieder finden ihre Beitragsquittung 2016 ebenso wie ihren Mitgliedsausweis 2017 im Außencover dieser E&W-Ausgabe. Die Mitglieder des GEW-Landesverbands Sachsen-Anhalt können ihre Beitragsbestätigung für 2016 direkt bei der Landesgeschäftsstelle anfordern: GEW Sachsen-Anhalt, Markgrafenstraße 6, 39114 Magdeburg, Telefon: 0391/73554-30, Fax: 0391/73134-05, E-Mail: beitragsquittung@gew-lsa.de

Mitmachen lohnt sich ...

... für jedes neu geworbene GEW-Mitglied erwartet Sie eine Moonstone Powerbank.*

Prämie des Monats Februar:

Moonstone Powerbank

Die starke Akkuladung im Hosentaschenformat.
Mit zwei USB-Anschlüssen, Ladestandanzeige und genügend Leistung
für mehrfaches Handyaufladen.

Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern
www.gew.de/praemienwerbung

*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder des GEW-Landesverbandes Niedersachsen.

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!
Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211

oder per Coupon:

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

Vorname/Name _____ GEW-Landesverband _____

Straße/Nr. _____ Telefon _____ Fax _____

PLZ/Ort _____ E-Mail _____

Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

E&W-Prämie des Monats Februar 2017/Moonstone Powerbank

BILDUNG braucht Zeit!

- **Wie nehmen Akteure im Bildungsbereich ihre Arbeitszeit wahr?**
- **Wie erleben sie Zeitnot, -stress und -druck?**
- **Reicht die Zeit für das Wichtige aus?**
- **Bleibt Raum, frei zu gestalten, eigene Akzente zu setzen?**

Vier Protokolle aus Schule, Kita und Hochschule

Foto: Stefan Brasse

Doppelte Klassenführung wäre große Entlastung.

// Johanna Weitzel (32) arbeitet seit rund acht Monaten als Lehrerin an der Grundschule Rebstock in Frankfurt am Main. Vorher war sie an der Waldgrundschule Wehrda in Marburg tätig. //

„Als ich in den Beruf gestartet bin, kannte ich Zeitnot vor allem aus dem Referendariat. Da steht man ja fast immer unter Druck. Deshalb bin ich als Lehrerin an meiner ersten Schule im Prinzip gut klargekommen. Das Wichtigste ist, sich selbst eine gute Struktur zu schaffen: Was mache ich wann? Wie lange brauche ich dafür? Das klappt, weil ich selbst recht gut organisiert bin. Ich mache zum Beispiel sogenannte ‚To-do-Listen'. Das hilft mir bei der Planung.

Trotzdem habe ich oft das Gefühl, dass die Zeit fürs Unterrichten, für Gespräche mit Kindern, Eltern sowie Kolleginnen und Kollegen nicht ausreicht. Das liegt sicher daran, dass mein Beruf so vielfältig und vieles nicht vorherzusehen ist. Wenn man in einem Unternehmen arbeitet, schickt der Abteilungsleiter E-Mails mit konkreten Aufträgen oder Terminen für Konferenzen. Damit ist ein Großteil der Arbeit dokumentiert, und als Mitarbeiterin kann ich entscheiden, was jetzt Priorität hat und was nicht.

Ganz anders ist es im Lehrerjob, der ein ‚Situationsberuf' ist: Man erfährt etwa auf dem Weg zum Lehrerzimmer, dass eine Kollegin ausfällt, mit einem Kind etwas nicht stimmt oder ich Eltern kontaktieren muss. Diese Tür-und-Angel-Gespräche sind wichtig. Aber die Gefahr besteht, dass man Dinge vergisst, weil permanent etwas Neues dazu kommt. Zeitdruck entsteht bei mir auch vor den Zeugnissen. Positiv könnte man zwar sagen: Gut, dass es diese Deadline gibt. Aber sich darauf vorzubereiten, kostet dennoch immer wieder viel Zeit, die mir an anderer Stelle fehlt.

> „Wenn ich mir mehr Zeit wünschen könnte, würde ich sie auf jeden Fall dafür verwenden, Mädchen und Jungen stärker individuell zu fördern."
>
> **Johanna Weitzel**

Was mir sehr hilft, sind unsere Teamstrukturen. Wir haben eigene Teamräume in der Schule mit Druckern, Computern und Telefonen. Dort treffen sich die Kolleginnen und Kollegen eines Jahrgangs. So können wir uns auf kurzem Wege absprechen und Probleme bereden. Gut ist auch die flexible Zeitstruktur in der ersten Klasse, die ich sehr variabel gestalten kann. Gerade wenn die Kinder noch klein sind, ergibt ein 45-Minuten-Takt keinen Sinn.

Wenn ich mir mehr Zeit wünschen könnte, würde ich sie auf jeden Fall dafür verwenden, Mädchen und Jungen stärker individuell zu fördern. Das Leistungsspektrum in den Klassen ist doch sehr groß. Und wegen des Personalmangels an den Schulen ist es kaum möglich, wirklich allen Schülerinnen und Schülern zu jeder Zeit gerecht zu werden.

Trotz des Zeitdrucks versuche ich, die schulischen Strukturen so zu nutzen, dass möglichst viele Kinder profitieren: indem ich wenig lehrerzentriert unterrichte, selten frontal, stattdessen mehr in Kleingruppen. Nur dann habe ich eine Chance, auch auf einzelne Mädchen und Jungen einzugehen. Eine doppelte Klassenführung wäre daher eine enorme Entlastung für alle Beteiligten."

Aufgezeichnet von
Katja Irle, freie Journalistin

Foto: privat

Zeitdruck durch Vorgaben von außen

// Christiane Buß (43) unterrichtet seit 2004 Deutsch, Politik und Wirtschaft an der Integrierten Gesamtschule Carl-von-Weinberg in Frankfurt-Goldstein. Seit 2011 leitet die Lehrerin die gymnasiale Oberstufe an der Schule. //

„Wir arbeiten an unserer Schule mit einem 90-Minuten-Konzept. Deshalb gerate ich während des Unterrichtens nur selten in Zeitnot. Nach 45 Minuten müssen wir nicht in den nächsten Klassenraum hetzen. Ich kann stattdessen in Ruhe Unterrichtsmethoden wechseln, etwa Einzelarbeiten variieren mit Gruppenarbeit und die Schülerinnen und Schüler anschließend ihre Ergebnisse präsentieren lassen. Dieses Zeitkonzept gibt Raum für individuelle Förderung. Früher habe ich als Lehrerin im 45-Minuten-Takt unterrichtet. Da wurde es kurz vor Schluss immer hektisch: Hausaufgaben stellen, wichtige Dinge für die nächste Stunde besprechen und so weiter. Unter diesem Druck konnte ich möglicherweise nicht mehr wertschätzen, was die Mädchen und Jungen in dieser Stunde erarbeitet hatten. Das ging dann unter.

Neben den längeren Unterrichtseinheiten helfen mir auch die Teamstrukturen an meiner Schule. Ich habe Kolleginnen und Kollegen, mit denen ich gemeinsam den Unterricht vorbereiten kann. Wir tauschen uns über fachliche Inhalte aus, aber auch über Schüler-Lehrer-Beziehungen, unterstützen uns gegenseitig mit kollegialen Hospitationen. Das kostet erst einmal Zeit. Aber die ist sinnvoll investiert, weil mir dadurch an anderer Stelle wieder welche geschenkt wird. Das Gleiche gilt für unsere pädagogischen, die wir neben den Zeugniskonferenzen haben: Wir müssen zwar zunächst zusätzliche Zeit investieren, langfristig ist dies aber ein Gewinn für alle.

> „Wenn wir unter Zeitstress stehen, können wir einer wesentlichen pädagogischen Aufgabe nicht nachkommen.“
>
> **Christiane Buß**

Zeitdruck entsteht bei mir vor allem durch Vorgaben von außen – etwa durch das Landesabitur in Hessen. Auf der einen Seite steht die Stundenzahl, die ich in einem Halbjahr zur Verfügung habe. Auf der anderen gibt es die vorgegebene Lektüreliste, die ich während dieses Zeitraums im Fach Deutsch abarbeiten muss. Je nachdem, wie lang ein Halbjahr dauert, gerate ich dabei in Zeitnöte.

Zeit wird auch häufig knapp, wenn ich Ausflüge oder Museumsbesuche zu organisieren habe. Im Prinzip sind das wichtige Erlebnisse und Ergänzungen zum Unterricht, aber oft frage ich mich: Soll ich diese Zeit dafür wirklich investieren? Fehlt sie mir dann nicht an anderer Stelle? Das Dilemma: Entweder beschneide ich damit meinen eigenen Unterricht und/oder den der Kolleginnen und Kollegen. Hektisch wird es auch, wenn eine Klausur die nächste jagt und ich im Korrektur-Marathon bin. Das läuft ja alles parallel zum Unterricht.

Es belastet mich auch, wenn sich das Gefühl einstellt: Ich kann in dieser Stresssituation nicht jedem Einzelnen gerecht werden. Denn wir Lehrkräfte sind ja nicht nur Stoffvermittler, sondern in erster Linie Pädagoginnen und Pädagogen. Und wenn wir unter Zeitstress stehen, können wir einer wesentlichen pädagogischen Aufgabe nicht nachkommen: die Heranwachsenden als Individuen wahrzunehmen, ihre Bedürfnisse zu erkennen, auf sie einzugehen – ihnen also Zeit zu widmen.“

Aufgezeichnet von
Katja Irle, freie Journalistin

Stressig sind Unterbrechungen.

Foto: privat

// Sonja Malkowski (45) ist Erzieherin in der Kita Wittlich-Neuerburg, Rheinland-Pfalz. //

„Als Vollzeitkraft muss ich viele Aufgaben übernehmen: Ich bin Bezugserzieherin für 15 Kinder und Ansprechpartnerin für die Eltern, leite Praktikanten an, bin zuständig für Organisation und pädagogische Arbeit im Werkraum und vertrete bei Bedarf die Kita-Leitung. Manchmal bringt mich das schön ins Trudeln. Ich kann ja nicht überall gleichzeitig sein.

Stressig sind Unterbrechungen. Zum Beispiel wenn ich gerade ein Kind individuell begleite, das ins Spiel versunken ist. Ich beobachte und unterstütze es, bin ganz auf das Kind konzentriert – und plötzlich stehen Mütter oder Väter im Türrahmen: ‚Wir müssen Sie dringend mal sprechen.' Dann muss ich abwägen: Ist das spontane Elterngespräch wirklich wichtiger als die intensive Arbeit mit dem Kind? Können sich die Eltern vielleicht beim Abholen Zeit für einen Austausch nehmen? Im Zweifelsfall bleibt nur, sich behutsam aus der Situation herausziehen und dem Kind zu erklären, warum ich das Spiel unterbrechen muss. Anstrengend.

Stress macht es auch, wenn ich mir an einem Tag etwas ganz Bestimmtes vorgenommen habe und es nicht umsetzen kann. Zum Beispiel das Raumsoziogramm eines Kindes zu erstellen: Wie bewegt es sich in der Kita, mit wem spielt es, was beschäftigt es gerade? Denn prompt hat gleichzeitig auch eine Kollegin eine Kindesbeobachtung geplant. Wer soll sich dann um die Kleinen kümmern? Eine muss also verschieben. Aber wohin? Schließlich stehen auch noch Elterngespräche an, die Vorbereitung des nächsten Projekts im Werkraum, eine Fortbildung und und und. So staut sich immer mehr auf.

> „Da bleibt nur: Augen zu und durch." **Sonja Malkowski**

Wir bräuchten viel mehr Zeit für die ‚mittelbare pädagogische Arbeit', wie das in der Fachsprache heißt. Etwa um Kindesbeobachtungen zu machen, Elterngespräche zu reflektieren und zu protokollieren, Teamsitzungen vorzubereiten.

Seit Jahren feilen wir im Team an der Weiterentwicklung unseres Konzepts. Dabei haben wir festgestellt, dass klare Strukturen das Zeitmanagement enorm erleichtern. Unser Kita-Tag ist gut organisiert, es gibt einen Morgenkreis, feste Mittagszeiten, mittwochs ist Ausflugstag, Dienstagabend Teamsitzung. Für jeden Bereich in der Kita – vom Ruheraum bis zum Flur – ist die gleiche Fachkraft zuständig. Wenn dort etwas anfällt, wissen Kinder und Erzieherinnen sofort, an wen sie sich wenden müssen.

Trotzdem bleiben wir flexibel. Mütter und Väter können ihre Kinder nach Absprache mit der Bezugserzieherin je nach Bedarf bringen, der Morgenkreis ist keine Pflicht. Wir wollen keinen Druck machen, der kommt in der Schule von allein. Und wenn eines meiner Bezugskinder schon um sieben Uhr da ist, mein Dienst aber erst um 8.30 anfängt? Macht nichts, dann spreche ich mich mit meiner Kollegin ab.

Im Grunde ist mein Arbeitsalltag ein Kreislauf von unvorhersehbaren An- und Entspannungsphasen. Wenn morgens in Stoßzeiten viele Kinder auf einmal kommen und mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen auf mich einstürmen, wird es turbulent. Wenn plötzlich mehrere Kolleginnen krank sind, ist die Arbeit nicht zu schaffen. Entspannend sind Momente, in denen die Kinder mit ihren Freunden völlig ins Spiel eingetaucht sind und uns Erwachsene kaum brauchen. Wegdenken lässt sich der Stress aus meinem Beruf trotzdem nicht. Da bleibt nur: Augen zu und durch."

Aufgezeichnet von
Anja Dilk, freie Journalistin

Foto: privat

Zu wenig Teamarbeit kostet Zeit.

// Die Erziehungswissenschaftlerin Julia Egbers (32) promoviert an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. In ihrer Forschungsarbeit beschäftigt sie sich mit den Erfahrungen angehender Lehrerinnen und Lehrer bei Auslandsaufenthalten während des Studiums. //

„Das Erste, was mir zum Stichwort Zeit im Zusammenhang mit der Uni einfällt, ist, dass wir kaum noch Zeit haben. Kaum Zeit zum Lernen, zum Forschen, zum Unterrichten, zum Nachdenken. Das betrifft den ganzen Universitätsbetrieb – von den Studierenden, die keine Zeit mehr haben, bis zu den Zeitverträgen, die uns Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unter Druck setzen.
Ich bin in diesem Semester mit vier Seminaren in der Lehre aktiv und stelle immer wieder fest, dass die Lernprozesse keine Bildungsprozesse mehr sind – aus Zeitmangel. Bildung braucht einfach Zeit und Muße. Stattdessen ist das Studium durch Prüfungen und Klausuren eng durchgetaktet. Das macht sich auch für uns Lehrende bemerkbar: 150 Hausarbeiten muss ich pro Semester bewerten. Dazu kommen die Vor- und Nachbereitung der Seminare, bürokratische und administrative Aufgaben, Dokumentationspflichten. Das Gespür dafür, dass Bildung Zeit braucht, gibt es in der Hochschule einfach nicht mehr.
Hinzu kommt: Durch die kurzen Zeitverträge, mit denen viele Kolleginnen und Kollegen angestellt werden, kommt es zu ständigen Personalwechseln und einer hohen Fluktuation. Das aber bedeutet, dass Teamarbeit nur sehr begrenzt möglich ist – was wiederum Zeit kostet. Andererseits ist der Zeitdruck, den ich empfinde, nicht nur negativ. Im Hinblick auf meine Promotion – ich habe mich jetzt zweieinhalb Jahre damit beschäftigt – hat dieser Druck auch eine strukturierende, leitende Funktion. Dieser klare zeitliche Rahmen ist für mich bei der Konzentration auf die Forschungsarbeit eher vorteilhaft. Wenn allerdings Verträge auslaufen und man eine Woche vor Ende noch nicht weiß, wie es weitergeht, dreht sich dieser Druck wieder ins Negative.
Wie groß der Zeitmangel ist, merkt man als Forscherin oder Forscher, wenn man für eine Studie Probanden sucht. Jemanden zu finden, der mal eine Stunde Zeit hat, um an einer Befragung oder einem Versuch teilzunehmen – das gleicht schon einem echten Glücksgriff. Viel häufiger haben die angesprochenen Personen gerade einmal eine Viertelstunde Zeit, weil sie einfach viel zu beschäftigt und ‚über-entertained' sind. Und da die Master-Studierenden für ihre Arbeiten immer wieder auf Probanden angewiesen sind, wird hier der Zeitmangel der Menschen an den Unis zu einem echten Problem.
Was man dagegen tun kann? Ich habe kein Rezept dafür, höchstens ein paar Ideen. Individuell dagegen zu halten, ist schwierig – wichtiger wäre es meines Erachtens, dass die Menschen auf der Leitungsebene sich des Problems bewusst werden. Sie können die Strukturen schaffen, um Stress abzubauen. Sie sollten die Zahl der befristeten Arbeitsverträge reduzieren, deren Laufzeit erhöhen und ein besseres Personalmanagement installieren. Ziel müsste sein, weniger eine Atmosphäre der Konkurrenz als vielmehr reichhaltige Kooperationen zu ermöglichen – und damit allen Beteiligten mehr Zeit zu verschaffen, sich auf ihre eigentlichen Aufgaben in Lehre und Forschung zu konzentrieren."

> „Wir haben kaum Zeit zum Lernen, Forschen, Unterrichten, Nachdenken." **Julia Egbers**

Aufgezeichnet von
Armin Himmelrath, freier Journalist

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit unserer Versorgungsanalyse für Frauen.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. DBV

Sie kümmern sich um alles. Aber haben Sie dabei auch an sich gedacht? Viele Frauen im Öffentlichen Dienst arbeiten nur Teilzeit oder pausieren ganz. Gründe hierfür sind meist Kindererziehung oder die Pflege von Angehörigen. Zu dieser speziellen Situation hat die DBV sich Gedanken gemacht. Die Versorgungsanalyse zeigt Ihnen:

- ✔ **mit welchen Bezügen Sie im Alter rechnen können**
- ✔ **wie Sie Ihre Versorgungslücke intelligent schließen können und trotzdem flexibel bleiben**
- ✔ **wie Sie Ihre finanzielle Unabhängigkeit im Alter bewahren**

Lassen Sie sich jetzt von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.

Mehr Informationen:
FrauenimOeffentlichenDienst@dbv.de
oder Telefon 0800 292 22 74.

Sonderkonditionen in der Krankenversicherung für Mitglieder der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft GEW

Eine Marke der AXA Gruppe AXA

Cartoon: Freimut Woessner

In der Uni-Mühle

// Effizient, zielgerichtet, ertragsorientiert – so sollen Studium und Arbeit an Unis und Fachhochschulen sein, darauf waren viele Reformen der vergangenen Jahre gerichtet. Die Folge: Studierende und Forschende lernen und arbeiten häufig am Limit. //

Zufrieden? Nein, zufrieden waren die Professorinnen und Professoren überhaupt nicht, die sich die Mühe machten, den umfangreichen Fragebogen aus Allensbach auszufüllen. Die Lehrenden nutzten die Umfrage dazu, ihrem Herzen endlich einmal richtig Luft zu machen: So klagte zum Beispiel jeder Zweite darüber, dass die Lehrverpflichtungen so stark zugenommen hätten, dass kaum noch Zeit für die Forschung bleibe. Gerade einmal 23 Prozent ihrer Arbeitszeit, schätzten die Lehrstuhlinhaber, entfielen im Schnitt auf Forschung – zu wenig ihrer Ansicht nach, um ordentliche Wissenschaft zu betreiben.

Die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) in Auftrag gegebene Studie, ausgeführt vom Institut für Demoskopie in Allensbach, sorgte 1976 für heftige Diskussionen an den Hochschulen: Wie sieht der Arbeitsalltag in Universitäten und Fachhochschulen aus? Wie viel Zeit beanspruchen Lehre und Forschung? Wie viel Muße und Freiheit haben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, nachzudenken und zu planen? Schon in den 1970er-Jahren war klar: Es herrscht ein weit verbreitetes Gefühl von Druck und Überbeanspruchung.

Und das hat sich heute, wie eine aktuelle Allensbacher Studie mit 1 000 Hochschuldozenten zeigt, kaum geändert. Diesmal war der Deutsche Hochschul-

verband (DHV) der Auftraggeber – vier Jahrzehnte nach der ersten Umfrage veranschlagten die Hochschullehrkräfte den Forschungsanteil ihrer Arbeit mit 22 Prozent, einen Prozentpunkt weniger als 1976. „Schaut man sich die Ergebnisse an, staunt man, wie wenig sich viele Antworten verändert haben“, stellt Thomas Petersen, Projektleiter der Umfrage beim Allensbacher Institut* fest. „Damals wie heute klagen viele Lehrende, dass die Forschung in ihrem Arbeitsalltag zu kurz komme.“

Verwaltung statt Lehre

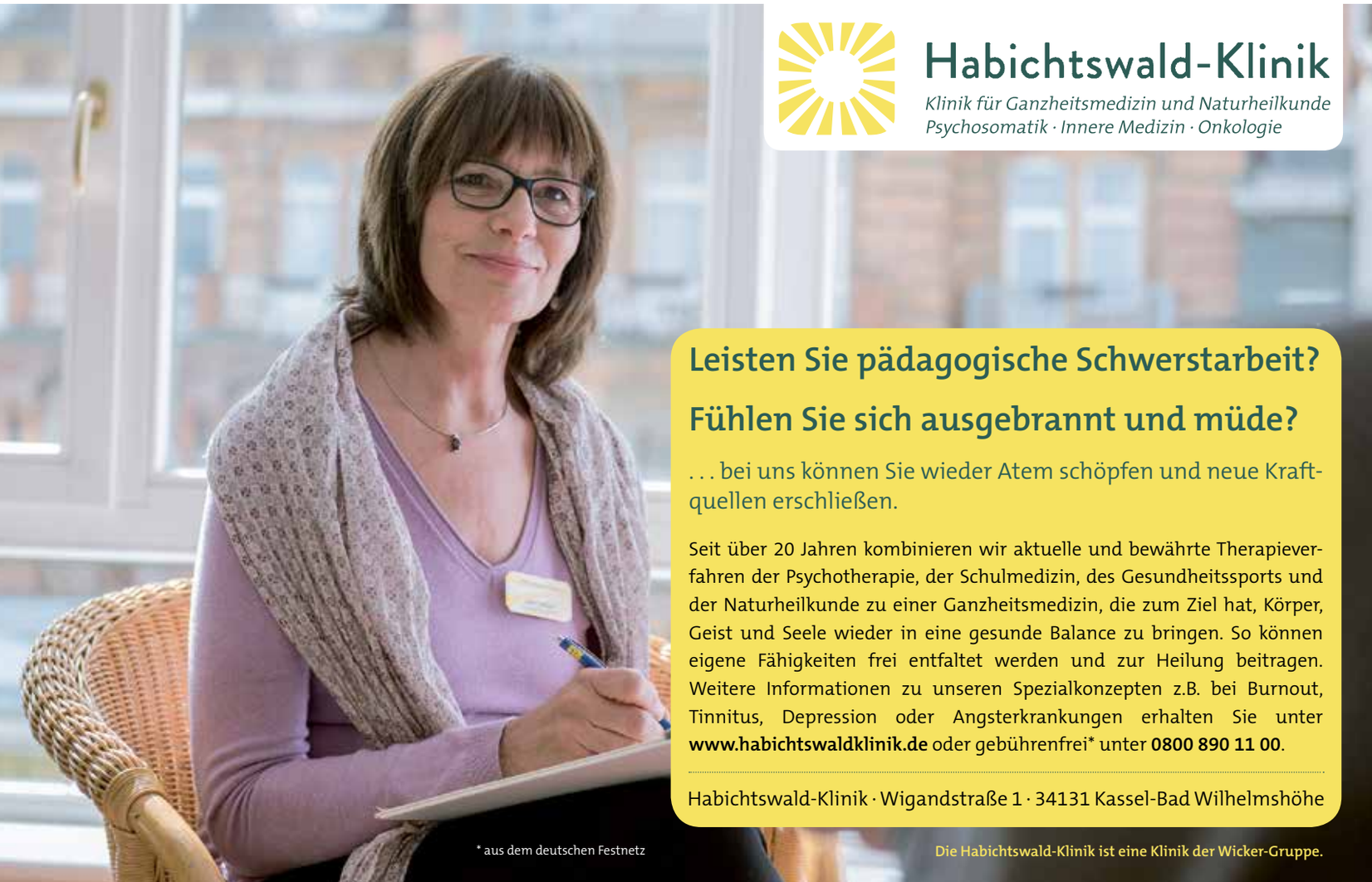
Überraschend war für den Sozialwissenschaftler vor allem, dass der Anteil der Lehre am Professorenalltag in den vergangenen 40 Jahren deutlich abgenommen hat. Betrug er 1976 noch durchschnittlich 42 Prozent, ist er mittlerweile auf 28 Prozent gesunken – im Gegenzug stieg der Zeitaufwand vorwiegend für Verwaltungsaufgaben. So entfielen 1976 im Schnitt zwölf Prozent der Arbeitszeit auf akademische Selbstverwaltung und 16 Prozent auf andere Tätigkeiten. Heute liegt der Anteil akademischer Selbstverwaltung bei 16 Prozent der Arbeitszeit, der anderer Aufgaben – vor allem das Verfassen von Gutachten und Anträgen – bei 25 Prozent. Letzteres auch deshalb, weil die Hochschulen immer stärker Drittmitteleinwerbungen als Kriterium für erfolgreiche Forschungsarbeit bewerten.

„Der Druck ist enorm“, bestätigt der Soziologe Sven Kesselring, Inhaber einer Forschungsprofessur an der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt in Nürtingen-Geislingen. „Ich komme mir manchmal so vor, als müsste ich mindestens drei Jobs gleichzeitig erledigen.“ Forschen und Lehren seien der eine Teil, die Organisation der Hochschularbeit und – für ihn ganz aktuell – eines neuen Masterstudienprogramms der zweite. „Und dann muss man noch seine Netzwerke pflegen, publizieren, Anträge formulieren, auf internationalen Konferenzen präsent sein und Promovierende betreuen.“

Foto: privat

Thomas Petersen

Durch die neuen Technologien, so Kesselring, „laufen Kommunikations- und Entscheidungsprozesse immer rasanter ab“. Gleichzeitig gebe es aber Tätigkeiten, die sich nicht ohne Qualitätsver-



Habichtswald-Klinik

Klinik für Ganzheitsmedizin und Naturheilkunde
Psychosomatik · Innere Medizin · Onkologie

Leisten Sie pädagogische Schwerstarbeit?

Fühlen Sie sich ausgebrannt und müde?

. . . bei uns können Sie wieder Atem schöpfen und neue Kraftquellen erschließen.

Seit über 20 Jahren kombinieren wir aktuelle und bewährte Therapieverfahren der Psychotherapie, der Schulmedizin, des Gesundheitssports und der Naturheilkunde zu einer Ganzheitsmedizin, die zum Ziel hat, Körper, Geist und Seele wieder in eine gesunde Balance zu bringen. So können eigene Fähigkeiten frei entfaltet werden und zur Heilung beitragen. Weitere Informationen zu unseren Spezialkonzepten z.B. bei Burnout, Tinnitus, Depression oder Angsterkrankungen erhalten Sie unter **www.habichtswaldklinik.de** oder gebührenfrei* unter **0800 890 11 00**.

Habichtswald-Klinik · Wigandstraße 1 · 34131 Kassel-Bad Wilhelmshöhe

* aus dem deutschen Festnetz

Die Habichtswald-Klinik ist eine Klinik der Wicker-Gruppe.

luste beschleunigen lassen: das Nachdenken etwa, aber auch das langsam voranschreitende wissenschaftliche Schreiben. Kesselring nennt das „die Ungleichzeitigkeit dessen, was wir machen“: verschiedene Zeitstrukturen, die nebeneinander existieren und sich teilweise massiv widersprechen. „Das lässt sich nur mit extremer Fokussierung auf das, was gerade anliegt, bewältigen“, beschreibt der Soziologe seine Strategie zum Umgang mit dem Dauerdruck.

Den spüren Hochschulbeschäftigte schon sehr früh in ihrer Karriere. Einmal pro Legislaturperiode einer Bundesregierung beleuchtet der „Bundesbericht wissenschaftlicher Nachwuchs“ (BuWiN)** die Situation junger Forscherinnen und Forscher – zuletzt wurde die Untersuchung 2013 veröffentlicht – mit erschreckenden Ergebnissen: 90 Prozent der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Angestelltenverhältnis haben demnach lediglich befristete Verträge, rund die Hälfte sogar nur mit einer Laufzeit von weniger als einem Jahr. „Durch die kurzen Zeitverträge kommt es zu ständigen Personalwechseln und einer hohen Fluktuation“, bemängelt die Oldenburger Doktorandin Julia Egbers. „Das aber bedeutet, dass Teamarbeit nur sehr begrenzt möglich ist – was wiederum Zeit kostet.“ (s. S. 10)

„Enormen Handlungsdruck“ sieht deshalb GEW-Hochschulexperte und Vorstandsmitglied Andreas Keller in diesem Bereich. Mit dem „Templiner Manifest“*** und den Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen und Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs hat die Gewerkschaft versucht, Einfluss auf die Wissenschaftspolitik zu nehmen und unter anderem im vergangenen Jahr die Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes begleitet (E&W berichtete). Diese Novelle kann jedoch nur ein erster Schritt sein – schließlich sind 35- bis 45-Jährige laut BuWiN nach der Promotion an den Unis dreimal so häufig befristet beschäftigt wie ihre Altersgenossinnen und -genossen in anderen Arbeitsfeldern.

Die fehlende Planbarkeit der Berufswege kombiniert mit dem Zeitstress immer wieder auslaufender Arbeitsverträge ist für alle eine Belastung – besonders aber für Beschäftigte mit Kindern. „Da ist es nicht überraschend, dass zwei Drittel der promovierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit der Familienfreundlichkeit ihres Arbeitsplatzes unzufrieden sind“, so GEW-Vize Keller. Insbesondere Frauen schreckten solche Bedingungen von

Foto: privat

Sven Kesselring

einer Hochschulkarriere ab. Die nächste BuWiN-Ausgabe, an der bereits ein Forschungskonsortium arbeitet und die Veröffentlichung für den Frühsommer angekündigt hat, wird deshalb die Familienfreundlichkeit der Arbeitsbedingungen als Schwerpunktthema mit aufgreifen.

Schöpferische Muße fehlt

Denn es ist klar: Wer sich ständig um seine Zukunft und den nächsten Vertrag sorgt, hat den Kopf nicht frei für kreatives Denken. „Zur Forschung gehört schöpferische Muße, die fehlt“, war eine Aussage, der schon in der DFG-Umfrage von 1976 die Mehrheit der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (57 Prozent) zustimmte. 2016 waren es sogar 79 Prozent: „Besorgniserregend“ findet Studienautor Petersen diese Entwicklung. Ebenfalls nach oben ging die Bestätigung der Aussage, dass gute Forscherinnen und Forscher sich von befristeten Arbeitsverträgen entmutigen ließen – fast die Hälfte der Befragten teilte diese Einschätzung.

Ob für sie eine Karriere im Wissenschaftsbetrieb infrage kommt, weiß auch Jasmin Badecker (Name geändert) noch nicht. Sie ist eher skeptisch: „Erschreckend“ fand die heute 22-jährige Lehramtsstudentin jedenfalls die Erfahrungen, die sie direkt nach dem Abitur und einem freiwilligen sozialen Jahr an einer Uni in Nordrhein-Westfalen machte. „Am Ende des ersten Semesters musste ich fünf Klausuren schreiben, jede dauerte vier Stunden – und zwar an drei aufeinander folgenden Tagen.“ Ungläubig habe sie sich damals erkundigt, ob das wirklich bedeute, an einem Tag bis zu drei vierstündige Prüfungen nacheinander ablegen zu müssen: Das sei unglücklich, aber organisatorisch nicht anders zu machen, hieß es damals.

Bulimie-Lernen

Die Dozenten, berichtet Badecker, hätten das mit dem hohen Zeitdruck wegen des Umstellens auf die neuen Studiengänge Bachelor und Master erklärt: „Als angehende Lehrerin habe ich mich schon gewundert, wie diese so einen Prüfungsdruck pädagogisch-didaktisch rechtfertigen.“ Denn es sei klar gewesen, dass in einer solchen Situation nur gezieltes „Bulimie-Lernen“ infrage kommt. „Das wesentliche Wissen in sich reinschaufeln und genau im richtigen Moment wieder auskotzen“, formuliert es die 22-Jährige drastisch. „Wer so lernen muss, bei dem reicht es noch nicht einmal zum Fachidioten – geschweige denn zu einem akademisch gebildeten Menschen im Humboldt’schen Sinn.“

Immerhin lerne man so, „in höchstem Maß effizient“ zu sein, spöttelt Badecker. Tatsächlich sind viele Hochschulreformen vergangener Jahre immer wieder und ganz ernsthaft mit zeitlichen Effizienz-Aspekten begründet worden: die Einführung gestufter Studiengänge ebenso wie geänderte Vorlesungszeiten.

Armin Himmelrath,
freier Bildungsjournalist

***www.hochschulverband.de/fileadmin/redaktion/download/pdf/pm/petersen.pdf**
****Bundesbericht wissenschaftlicher Nachwuchs (BuWiN): www.buwin.de/**
*****www.gew.de/templiner-manifest-wirkt**

Jetzt
50 Euro
Startguthaben[1]
sichern!

0,– Euro Bezügekonto[2] der „Besten Bank“

[1] Für GEW-Mitglieder, Voraussetzung: Eröffnung Bezügekonto Genossenschaftsanteil von 15,– Euro/Mitglied.
[2] Voraussetzung: Genossenschaftsanteil von 15,– Euro/Mitglied.

- ✔ **Attraktive Vorteile für den öffentlichen Dienst**
- ✔ **Einfacher Online-Kontowechselservice**
- ✔ **Vorteil für GEW-Mitglieder: 50,– Euro Startguthaben[1]**

GEW Vorteile für GEW-Mitglieder!

Mehr Informationen? Gerne!

Tel. 0 800/40 60 40 192 (kostenfrei)
www.bbbank.de/gew

BB Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

Totgeschwiegen

// Welche strukturellen Rahmenbedingungen blockieren einen besseren Umgang mit der Zeit? Drei Kita-Leitungen erzählen, wie sie versuchen, das Zeitproblem im Arbeitsalltag in den Griff zu bekommen. //

Manchmal kann es Anke Mamat nicht mehr hören: Frühkindliche Bildung muss den höchsten Anforderungen genügen, der Bildungsplan optimal umgesetzt werden. Klar, machen wir! Wie oft hat die Leiterin der BiLLY-Kita in Jena solche Beteuerungen schon gehört, wenn sie auf Podien mit Bildungspolitikern, Wissenschaftlern und Trägern diskutierte. „Aber wie soll das gehen, wenn der Personalschlüssel trotz gestiegener Anforderungen seit Jahren gleich bleibt?“, fragt Mamat.
Denn in der Praxis erlebt sie Tag für Tag: Für vieles bleibt im Kita-Alltag schlicht keine Zeit, weil an allen Ecken Personal fehlt. Ein Beispiel: „Der Personalschlüssel in Thüringen basiert auf einer Öffnungszeit von neun Stunden. Doch fast alle Kitas haben zehn bis 11,5 Stunden geöffnet, den Eltern zuliebe.“ Die Folge: Wenn Fachkräfte ihre Arbeitsstunden in längere Öffnungszeiten stecken müssen, bleibt weniger Zeit für pädagogische Arbeit. Mamat ist sich sicher: Zeitmangel in der Kita wird allzu oft totgeschwiegen. Träger wollen, dass der Laden irgendwie läuft, Fachkräfte möchten es gut und den Eltern recht machen. „Aber die Zeit ist nun mal nur die, die da ist“, sagt Mamat. Da bleibe bloß: politisch für mehr Erzieherstunden streiten und pragmatisch Prioritäten setzen.

Keine Luft für neue Ideen

In der BiLLY-Kita ist Pausenzeit. Die letzten Kids trudeln vom Mittagessen in den Garten. 50 Kinder zwischen einem und sechs Jahren verbringen hier ihren Tag, neun von ihnen haben Assistenzbedarf aufgrund einer Behinderung. Getragen wird die BiLLY-Kita vom Verein Querwege, ein anerkannter Träger der Jugendhilfe. Vor gut zwei Jahren hat Mamat das Thema Zeit im Kita-Alltag auf die Tagesordnung gesetzt. Damals wurden die Reserven knapp, die Unzufriedenheit im Team wuchs. Gerade die jungen Mitarbeiterinnen – frisch von der Uni – waren frustriert. Sie wollten neue Ideen aus dem Studium umsetzen. Doch dafür blieb im eng getakteten Arbeitstag keine Luft. „Also mussten wir neue Organisationskonzepte entwickeln.“
Das Team entschied: An der pädagogischen Qualität zu sparen, kommt nicht infrage. Es blieb nur, die Öffnungszeiten zu reduzieren. Statt um 7.00 Uhr macht die BiLLY-Kita seit Sommer erst um 7.30 Uhr auf. Den Müttern und Vätern erläuterte man das Konzept in Einzelgesprächen. Mamat: „Wenn die Eltern verstehen, warum es Einschränkungen gibt, ziehen sie fast immer mit.“
Darüber hinaus führte das Team den Job des „Organisationsmanagers“ ein – wer morgens zuerst in die Einrichtung kommt, ist Planungschef oder -chefin des Tages und zuständig für alle Organisationsfragen. „Das verringert die vielen Absprachen zwischendurch.“ Einen Morgenkreis gibt es nur noch bei besonderen Anlässen, die Mittagspause ist dagegen für jede Fachkraft Pflicht. Vom Tisch ist das Zeitproblem damit nicht. Vor allem fehlt es an Vorbereitungszeit, die im Thüringer Kita-Gesetz nicht festgelegt ist. „Wir brauchen klare Regelungen in ausreichendem Umfang“, verlangt Mamat. Bis es soweit ist, bleibe nur: politischer Protest.
Fachkräfte in sächsischen Kita-Einrichtungen haben laut Kita-Gesetz keine Vor- und Nachbereitungszeiten für ihre pädagogische Arbeit. Hagen Gneuss fragt sich schon lange: warum? Gneuss ist Leiter der Thüringer Sozialakademie gGmbH (TSA) am Standort Dresden, die acht Einrichtungen im Bundesland Sachsen unterhält. „Die Behörden unterschätzen die Bedeutung des Faktors Zeit in der Bildung völlig“, so Gneuss. „Wenn zum

Vor- und Nachbereitungszeit ist für die pädagogische Qualität der Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas sehr wichtig. Doch die ist viel zu knapp bemessen, in einigen Bundesländern ist sie gar nicht vorgesehen.

Beispiel der Vater eines Kita-Kindes gestorben ist, muss ich Dutzende Anträge stellen, bis mir vielleicht ein halbes Jahr Sonderförderung zugestanden wird, um das Kind angemessen zu unterstützen."

In den vergangenen zwei, drei Jahren haben die Einrichtungen der Sozialakademie am Standort Sachsen daher „den Arbeitsalltag durch bedürfnisorientierte Pädagogik" verändert. Zwischen 11.30 und 13.00 dürfen die Mädchen und Jungen selbst entscheiden, wann sie essen möchten. In Ruheraum oder „Snuselecken" können sie sich ausruhen, wann immer sie wollen. „Bei uns sollen die Kinder ihrem eigenen Tempo folgen." Diese Arbeitsweise ist für Gneuss „eine Frage der Haltung", die manchen Fachkräften freilich nicht immer leicht falle. „Es braucht Zeit, bis man sich davon gelöst hat, Aufgaben abzuarbeiten und etwas anbieten zu müssen", so Gneuss. „Wir müssen noch besser lernen, uns auf die kindlichen Bedürfnisse einzulassen. Dadurch wird auch der Arbeitsalltag in der Kita entschleunigt."

Foto: Alexander Paul Englert

Es ist kein Zufall, dass auch für Elisabeth Krautt, Chefin der städtischen Kindertagesstätte Karlsruhe Grötzingen, die fehlenden Vorbereitungsstunden ein Knackpunkt im Zeitmanagement des Kita-Alltags sind. Immerhin können Fachkräfte in Baden-Württemberg ein Achtel ihrer Arbeitszeit für Vor- und Nachbereitung nutzen: fünf Stunden die Woche. Bei kirchlichen Trägern sind es acht. „Nötig wären mindestens zehn", betont Krautt.

Und seitdem jeder Fachkraft laut neuem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) 30 Urlaubstage zustehen, werde es „noch enger". Zu Recht gebe es diese Regelung, meint Krautt. Nur: „Wie soll ich diese zusätzlichen Personalausfälle im laufenden Betrieb ausgleichen – wir haben ja nur 20 Schließtage?" Eine Zeit lang hat die Kita-Leiterin eine Kollegin als Springerin eingesetzt, die nach Bedarf anpackte, wenn Kolleginnen krank, auf Terminen oder im Urlaub waren. Doch das „Dauerhoppen" schlauchte mehr, als wenn Erzieherinnen aus den Stammgruppen spontan einsprangen.

Bewährt hat sich die „tägliche, wertschätzende Abstimmung nach Bedarf". Frühmorgens geht Krautt durch alle Gruppen und guckt, wo es zeitliche Engpässe gibt. Wenn die Stammgruppen nicht selbst Vertretungen organisieren können, checkt die Leiterin den Dienstplan und spricht Kolleginnen an. Wer hat noch nicht so viele Überstunden? Wer ist flexibel? Ein blaues Kärtchen am Dienstplan im Foyer erinnert die Fachkraft dann: Wenn nötig bitte heute eine halbe Stunde dranhängen. Sicher, nicht jedes Zeitproblem lässt sich so lösen. Im Extremfall muss die Kita früher zumachen.

Immerhin, seit Krautt eine Stellvertreterin hat, ist ihr Tag nicht mehr ganz so vollgestopft. Das tut dem Klima im Team gut und schafft Freiräume für alle.

Anja Dilk,
freie Journalistin

Unterrichten im Ausland

Sie haben das 1. und 2. Staatsexamen oder Sie sind im Landesschuldienst verbeamtet oder fest angestellt, sind aufgeschlossen und engagiert. Sie suchen eine neue Herausforderung? Dann brauchen wir Sie als

Lehrerin / Lehrer für einen Einsatz an Deutschen Auslandsschulen oder ausgewählten staatlichen ausländischen Schulen. Wir freuen uns auf Ihre Anfrage und informieren Sie gerne über die Rahmenbedingungen.

Weitere Informationen und die Bewerbungsunterlagen finden Sie unter:

www.auslandsschulwesen.de

Tel.: 022899 358-3666 • mailto: ZfA.Bewerbung@bva.bund.de

Bundesverwaltungsamt
– Zentralstelle für das Auslandsschulwesen –

ZfA
Deutsche Auslandsschularbeit International

Privatklinik Eberl
BAD TÖLZ

Alle Zulassungen für Sanatoriums- und stationäre Maßnahmen:

Psychosomatik / Burn-Out
Orthopädie
Innere Medizin

- modernste Diagnostik und Therapie
- großer Fitnessraum, Sauna, Dampfbad
- Thermal-Schwimmbad (31 – 32 °C)

Kostenträger: Beihilfe und private Krankenkassen

PRIVATKLINIK EBERL

Privatklinik Eberl
Buchener Straße 17
D – 83646 Bad Tölz

Telefon: 08041.78 72-0
Fax: 08041.78 72-78
info@privatklinik-eberl.de
www.privatklinik-eberl.de

„Es wäre gut, lockerer zu werden“

Foto: privat

Kornelia Schneider

// „Wir müssen lernen, dem kindlichen Tempo zu folgen“, sagt die Erziehungswissenschaftlerin Kornelia Schneider vom frühLernwerk Hamburg. Ein E&W-Gespräch über das Zeitempfinden von Kleinkindern und die Konsequenzen für die Bildung. //

E&W: Frau Schneider, wie empfinden kleine Kinder Zeit?

Kornelia Schneider: Kinder sind versunken im Hier und Jetzt. Das ist ihre Welt. Es sei denn, es kommt ein klares Signal: Ich habe Hunger, ich bin müde, mir ist langweilig. Kinder erfahren Zeit also nur indirekt, wenn ein Bedürfnis drängt, etwas Neues geschieht. Und sie erleben das nicht als „Zeit“, sondern eher als Rhythmus.

E&W: Zeit erleben Kinder ja auch, wenn es abends dunkel wird und sie dann schlafen gehen ...

Schneider: ... genau. Oder wenn sie morgens in die Kita gehen und nachmittags abgeholt werden. Wenn ihr Spielen unterbrochen wird durch Ansagen für andere Aktivitäten, wenn Papa oder Mama morgens weg sind und erst abends heimkommen.

E&W: Entwickeln Kinder einen ähnlichen Rhythmus für ihre Bedürfnisse?

Schneider: Nein, der Rhythmus ist bei jedem Kind sehr unterschiedlich. Das eine wacht früh auf, das andere spät. Das eine braucht viel Schlaf am Stück, das andere hat kürzere Phasen. Das eine hat schnell Hunger, das andere bleibt länger satt. Diesem individuellen Rhythmus müssen Kinder folgen können, um sich wohl zu fühlen. Deshalb ist es unsinnig, alle Kleinen zur gleichen Zeit in der Kita zum Essen zusammenzuholen oder gleichzeitig schlafen zu legen. Wenn sie älter werden, können sie sich eher an gemeinsame Zeiten anpassen.

E&W: Aber sind individuelle Zeiten im Kita-Alltag überhaupt realistisch?

Schneider: Wenn eine Einrichtung nur nach betriebswirtschaftlichen Kriterien organisiert ist: kaum. Doch mit Fantasie lassen sich durchaus Möglichkeiten finden. Indem man etwa in der Eingewöhnungsphase beobachtet, wie sich ein Kind von sich aus in die Kita-Rhythmen einfügt. Wer übermüdet zum Essen kommt, sollte lieber früher seinen Hunger stillen dürfen. Manche Kitas bieten Essensbuffets oder öffnen einen Teil der Küche für alle Kinder. Auch Schlafecken für ein Nickerchen zwischendurch sind leicht zu organisieren. Kinder brauchen zum Schlummern keine absolute Ruhe in einem separaten Schlafraum.

E&W: Wie gestalten Mädchen und Jungen ihre Zeit, wenn man ihnen Freiraum lässt?

Schneider: Dann bewegen sie sich meist in einem Wechsel von Aktivität und Entspannung durch den Tag. Eine Zeit lang sind sie ganz bei einer Sache. Wenn es zu anstrengend wird, hören sie einfach auf, legen den Kopf auf die Arme und schließen die Augen. Oder machen etwas weniger Anstrengendes. Kinder haben ein sehr gutes Gefühl dafür, was ihnen gut tut. Auch der Gedanke, dass sich Dreijährige nur zehn Minuten konzentrieren könnten, ist Humbug. An einer selbstgesuchten Aufgabe, die sie fesselt, können Kleinkinder einen ganzen Tag hoch konzentriert dranbleiben.

E&W: Sollten wir den Kleinen mehr selbst überlassen?

Schneider: Unbedingt. Denn wenn Erwachsene den Tag zu sehr nach ihren Maßstäben strukturieren, takten sie ein Kind in etwas ein, das es nicht verstehen kann. Es gewöhnt sich zwar daran, aber vor allem lernt es dabei, dass getaktete Zeiten wichtiger sind als das, womit es sich gerade beschäftigt und was es als Person ausmacht. Das Kind erfährt: Erwachsene verstehen mich nicht.

E&W: Wir müssen uns also klar machen, welche Konsequenzen es hat, Mädchen und Jungen auf Erwachsenenzeit zu fixieren ...

Schneider: ... zum Beispiel, dass wir ihr Lernen fragmentieren, wenn wir sie ständig unterbrechen, weil es Zeit für „Wichtigeres“ ist. Wir können auch selbst viel von den Jüngsten lernen. Etwa den Wert von Ruhe, Muße und rhythmischen Wechseln zu schätzen. Vier Stunden konzentriert vor dem Computer zu sitzen, tut uns auch nicht gut. Doch wir bleiben verbissen dabei. Es wäre gut, lockerer zu werden.

E&W: Kinder- und Erwachsenenzeit müssen sich aber früher oder später treffen.

Schneider: Das kommt spätestens in der Schule ganz von alleine. Das Konzept der Zeit erarbeiten sich Kinder letztlich wie andere Naturgesetzlichkeiten auch. Es dauert nur länger, als die Schwerkraft zu verstehen. Ihr Zeitgefühl entwickeln sie, indem sie Erwachsene beobachten und es ihnen nachtun. Nur leider erziehen wir ihnen ein gutes Zeitgefühl ab. Warum hören Mädchen und Jungen heute so oft: Beeil dich, mach schneller? Wenn das Kind länger braucht zum Anziehen, ist es eben später im Garten. Na und?

E&W: Also Schluss mit Termindiktat durch Erwachsene?

Schneider: Ja, wir müssen lernen, dem kindlichen Tempo zu folgen. In Neuseeland ist das längst gang und gäbe.

Interview: Anja Dilk,
freie Journalistin

Permanenter Zeitdruck

// Elterngespräche nach Feierabend, Korrekturen am Wochenende und Unterrichtsvorbereitung bis tief in die Nacht: Viele Lehrkräfte klagen über Zeitnot. Ein Grund: Die Anforderungen steigen, Sonderaufgaben kommen hinzu. Zeitressourcen werden knapp. //

Aus ihrer Jackentasche zieht Deutschlehrerin Anita Spezzano ihr Smartphone hervor, tippt den Kalender an: Egal ob Unterricht, Teamsitzung, Klassenkonferenz, Gewaltpräventionstraining, Hausaufgabenbetreuung, Prüfungsvorbereitung oder Elterngespräch, irgendwas steht immer an. „Was ich am Wochenende mache, weiß ich auch schon“, sagt die Lehrerin der Georg-August-Zinn-Schule in Frankfurt am Main und packt einen Stapel mit Schulheften auf den Tisch: Mit Filzstiften haben die Schülerinnen und Schüler der 8a grimmige Hexen mit grünen Haaren oder schwarzem Umhang aufs Cover gemalt. 22 Lesetagebücher, das dauert. „In der Schule komme ich nicht zum Korrigieren“, so Spezzano. „Hier werde ich ständig abgegriffen.“ Kinder stecken den Kopf durch die Tür zum Lehrerzimmer, wollen mit ihrer Klassenlehrerin etwas besprechen, Kolleginnen und Kollegen wollen sich kurz austauschen, die Schulleiterin hat oft auch noch eine Bitte. „Die Zeit reicht hinten und vorne nicht“, sagt die Pädagogin. Das geht nicht nur ihr so. Viele Lehrkräfte kommen mit der Arbeit kaum hinterher, spätabends bereiten sie noch ihren Unterricht vor, am Wochenende korrigieren sie Klausuren oder erledigen Papierkram (s. „Überlastung: Hilferuf aus dem Kollegium“ in der E&W 12/2016).

Spezzanos Kollegin Birgit Böhmer-Höser hat zwei Wochen lang detailliert aufgeschrieben, was an Arbeit anfällt. Inklusive Film raussuchen und Bastelpapier kaufen. Ihr machen vor allem die vielen Sonderaufgaben zu schaffen. Als Beispiel nennt sie die Aktenablage und verzieht das Gesicht: „Alles muss do-

Foto: dpa

Kein Verschnaufen: Elternabend, Unterricht, Teamsitzung, Klassenkonferenz, Betreuung, Prüfungsvorbereitung – irgendetwas steht immer auf dem Stundenplan der Lehrerinnen und Lehrer.

Chronische Schmerzen? Hilfe durch multimodale Schmerztherapie!

Das Schmerztherapiezentrum Bad Mergentheim ist auf die Behandlung chronischer Schmerzzustände verschiedenster Ursachen spezialisiert. Unsere Schwerpunkte sind unter anderem die Behandlung von Migräne, Kopf- und Gesichtsschmerzen, Rückenschmerzen, Morbus Sudeck und Fibromyalgie, auch mit psychischen Begleiterkrankungen (Burn out, depressive Störungen, Angststörungen).

Moderne Schmerzbehandlung = multimodale Schmerztherapie

Die multimodale Schmerztherapie ist interdisziplinär, setzt verschiedene Strategien gleichzeitig und nicht nacheinander ein und ist individuell auf die Erfordernisse des einzelnen Patienten zugeschnitten. Maßgeschneiderte Therapien sind der konventionellen „Behandlung von der Stange“ überlegen. Ein erfahrenes Team aus Fachärzten, Psychologen, Physiotherapeuten, Krankenschwestern und Gestaltungstherapeuten kombiniert schulmedizinische Behandlungsmethoden sinnvoll mit komplementären Therapien wie Naturheilverfahren und Akupunktur.

Die multimodale Schmerztherapie ist der Goldstandard in der Versorgung von chronischen Schmerzpatienten.

Die Effektivität dieser Therapie hängt aber entscheidend von der Behandlungsintensität, -qualität und -dauer ab. Bei uns liegt die Behandlungsdauer bei mindestens drei Wochen. So ist es möglich, eine chronische Schmerzerkrankung nachhaltig zu behandeln.

Service-Paket für den Krankenhausbereich

- Unsere Leistungen entsprechen denen eines Krankenhauses der Maximalversorgung (z. B. Universitätsklinik).
- Die privaten Krankenkassen und die Beihilfe übernehmen die Behandlungskosten der multimodalen Schmerztherapie im Rahmen einer medizinisch notwendigen stationären Heilbehandlung, wenn der Versicherer diese vor Beginn der Behandlung schriftlich zugesagt hat.
- Den Aufnahmetermin stimmen wir mit Ihnen ab.

Wir beraten und unterstützen Sie individuell bei allen Fragen zur stationären Aufnahme und senden Ihnen gerne umfassende Informationen zu. Rufen Sie uns unter unserer kostenlosen Beratungs-Hotline an!

Schmerztherapiezentrum
Bad Mergentheim
Fachklinik für Spezielle Schmerztherapie und Schmerzpsychotherapie

Schönbornstr. 10
97980 Bad Mergentheim
Tel.: 07931 5493-44
Fax: 07931 5493-50
E-Mail: schmerzklinik@schmerzklinik.com

Kostenlose Beratungs-Hotline:
0800 1983 198

www.schmerzklinik.com

Foto: Alexander Paul Englert

Lernprozesse erfolgreich zu gestalten, ist die Kernarbeit der Lehrkräfte. Doch die Anforderungen steigen, immer mehr Sonderaufgaben werden ihnen aufgebürdet – die Ressource Zeit wird immer knapper.

kumentiert werden. Das ist Wahnsinn.“ Nach jedem Elterngespräch fertigt sie ein Protokoll an, jedes Fehlverhalten von Mädchen oder Jungen vermerkt sie mit einer Notiz. Die Folge: Der Unterricht, dessen Vor- und Nachbereitung – „unser Kerngeschäft“ –, bleibe auf der Strecke, bemängelt die Lehrerin. Es fehle Zeit, um sich mit Kolleginnen zusammenzusetzen und mal etwas Neues oder Spannendes zu überlegen. „Das ist frustrierend.“

Eine aktuelle Arbeitszeitstudie der GEW Niedersachsen von Mitte 2016 hat nachgewiesen, dass Lehrkräfte deutlich länger arbeiten als vorgeschrieben*. Dass die Anforderungen an Schule enorm gestiegen sind und immer neue Aufgaben hinzukommen, bestätigt auch Barbara Riekmann, Mitglied im Programmteam der deutschen Schulakademie. Zum Beispiel brauche es für Inklusion multiprofessionelle Teams: Lehrkräfte, Sonder- und Sozialpädagogen müssten gemeinsam Strategien erarbeiten. Der Gesprächs- und Koordinierungsbedarf sei groß, auch mit Eltern und außerschulischen Institutionen. Doch dafür seien keine Zeitressourcen vorgesehen. „Die Lehrkräfte müssen es aber tun. Im Interesse des Kindes“, sagt die ehemalige Schulleiterin der preisgekrönten Max-Brauer-Schule in Hamburg. Das gelte auch, wenn Flüchtlingskinder in die Klasse zu integrieren seien. „Die Politik muss anerkennen, dass Lehrkräfte längst anders arbeiten – und eine andere Zeitstruktur zugrunde legen“, fordert die Pädagogin.

Zeitkorsett macht Stress

Der Unterricht im 45-Minuten-Takt ist nach Ansicht von Bildungsexperten Teil der zeitlichen Misere. Dahinter stecke die Fiktion, dass Lernen im Gleichschritt möglich sei, so Riekmann. Doch je heterogener die Schülerschaft sei, desto unterschiedlicher entwickle sich das Lerntempo in den Klassen. Ein enges Zeitkorsett sorge bloß für Stress. Durch eine andere Taktung – etwa Doppelstunden oder Projekttage – gewännen Lehrkräfte und Schüler mehr Zeitautonomie, berichtet die ehemalige Schulleiterin über ihre Erfahrungen an der Hamburger Stadtteilschule. Dort gibt es beispielsweise keine Fächer mehr, sondern nur Projektunterricht. Die Kinder lernen in Lernbüros und Werkstätten. Zwei, drei Unterrichtsstunden sind stets gekoppelt. „Das schafft Möglichkeiten für selbstgesteuertes und selbstverantwortliches Lernen“, so Riekmann. Davon profitierten nicht nur die Kinder, sondern auch die Lehrkräfte.

Otto Seydel, Leiter des Instituts für Schulentwicklung in Überlingen/Baden-Württemberg, ist ebenfalls überzeugt, dass zu starre Zeitstrukturen dem Lehren wie dem Lernen entgegen stehen. „Wann ein Schüler etwas verstanden hat, richtet sich nicht nach der Schulklingel“, ist der Pädagoge überzeugt. Auch für ihn ist der Zeittakt einer Schule viel zu eng gefasst. Zumal die Lehrpläne von Jahr zu Jahr mehr vollgestopft würden. Wenn ein neues Thema Schwerpunkt im Schulprogramm werde, ak-

tuell etwa digitale Bildung, müssten dafür andere Inhalte gestrichen werden, fordert Seydel: „Sonst reicht die Zeit nicht.“ Doch davon könne keine Rede sein. Im Gegenteil. Die Lehrpläne seien in vielen Bundesländern beispielsweise durch die verkürzte Gymnasialschulzeit von neun auf acht Jahre (G8) zusammengepresst worden. „Das lässt den Kindern keine Zeit mehr zum Nachdenken.“ Und die Lehrkräfte stünden unter dem Druck, allem gerecht werden zu müssen, kritisiert der Institutsleiter. „Sie verlieren die Luft zum Atmen.“

Widerspruch

Die Forderung nach individuellem Lernen und Inklusion steht im Widerspruch zu den Vorgaben, den Rahmenbedingungen sowie den zur Verfügung stehenden Zeitressourcen. Auf Dauer macht das krank. „Deshalb müssen u. a. die Unterrichtsverpflichtung heruntergesetzt und multiprofessionelle Teams an den Schulen gebildet werden“, sagt Ilka Hoffmann, im GEW-Vorstand für Schule verantwortlich.

Auch die Lehrerinnen und Lehrer der Georg-August-Zinn-Schule wissen oft nicht, wie sie mit dem Stoff bis zum Jahresende durchkommen sollen. Viele Mädchen und Jungen hätten aufgrund ihrer Migrationsgeschichte größere Probleme in Deutsch, berichtet Spezzano. Trotzdem versuche sie, die Jugendlichen bis zu den Ferien auf Prüfungsniveau zu bringen. Aber auch wenn sie das Pensum reduziert, hinke sie mit dem Stoff stets hinterher. „Ich frage mich immer: Wie schaffen das die Anderen?“ Im Kollegium zuckt man mit den Schultern. Alle kennen das Gefühl. Lehrerin Böhmer-Höser etwa musste ihre 8. Klasse gerade für einen hessenweiten Mathewettbewerb fit machen. Die Aufgaben hatte das Kultusministerium zentral vorgegeben. Das sei „Schwerstarbeit“.

Ihre Kollegin Cordula Oberscheidt fügt hinzu, dass sie prinzipiell gerne in größeren Zeiteinheiten arbeite. Aber egal mit welcher Methode, sie stoße stets an Grenzen. Beispielsweise weil es häufig „Zoff“ in der Klasse gebe. Viel Zeit gehe dafür drauf, Konflikte zu lösen, mit Kindern und Eltern zu sprechen. „Das ist wahnsinnig anstrengend“, sagt die Lehrerin. Ihr Fazit: „Wir brauchen kleinere Lerngruppen und mehr Personal. Dann könnten wir ganz anders agieren.“ Ihre Kollegin Spezzano pflichtet bei: „Damit wäre uns sehr geholfen.“

Kathrin Hedtke,
freie Journalistin

***Die repräsentative Studie der GEW Niedersachsen zeigt, dass die Lehrerinnen und Lehrer in dem Bundesland ständig mehr als 40 Stunden in der Woche arbeiten und beispielsweise an Gymnasien in dieser Zeit rund 50 000 unbezahlte Überstunden leisten (s. E&W 9/2016, S. 25 f.). Mehr Infos unter: http://arbeitszeitstudie.gew-nds.de**

Protest: Studentinnen und Studenten zahlen in Peru viel Geld für ihre Hochschulausbildung – trotzdem erhielten sie über Monate keinen Unterricht. Deshalb blockierten sie im vergangenen August die Zugänge der Nationalen Universität Federico Villarreal.

Fotos: Claudia Schröppel

Neustart nach der Diktatur

// In Peru erholt sich die Bildungsgewerkschaft SUTEP* noch von den Folgen der Fujimori-Herrschaft. Präsident Alberto Fujimori hatte die Gewerkschaften fast zerschlagen. Der Wiederaufbau braucht Zeit. //

Die Hauptstadt Lima gehört nicht zu den schönsten Teilen Perus. Trotz beeindruckender Kolonialbauten, gepflegter Parks und Plätze wirkt die Metropole des südamerikanischen Landes in weiten Teilen grau und schmutzig. Gerade im Stadtzentrum ist zu spüren, dass Lima die Grenzen seiner Aufnahmekapazitäten erreicht hat – lange Staus in verstopften Straßen sind Alltag. Die Sonne kann sich kaum durch die Dunstglocke kämpfen. Touristen bleiben selten länger in dieser Stadt, sie streben schnell attraktivere Ziele wie die weltberühmte Inka-Stadt Machu Picchu an.

Doch für die Peruaner ist Lima das unbestrittene Zentrum ihres Landes. Mit knapp zehn Millionen Menschen lebt fast ein Drittel der peruanischen Bevölkerung im Großraum Lima. Hier konzentrieren sich die Ministerien, Unternehmenszentralen und auch die Büros der Gewerkschaftsverbände. Der wichtigste Dachverband CGTP** etwa hat seinen Sitz direkt an der historischen Plaza Dos de Mayo, die in Reiseführern als Sehenswürdigkeit aufgeführt wird. Dem wuchtigen Gebäude im Kolonialstil ist jedoch anzusehen, dass es schon bessere Zeiten erlebt hat. Es macht einen vernachlässigten Eindruck, viele Räume stehen offenkundig leer.

Die Gewerkschaften in Peru müssen sich noch immer von den Folgen der Diktatur erholen, die das Land bis Ende 2000 beherrscht hatte. Der 1990 demokratisch gewählte Präsident Fujimori machte sich zwei Jahre später in einem „Selbstputsch“ mit Unterstützung des Militärs zum Alleinherrscher, entmachtete Parlament und Justiz. Unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Terrorismus führte das Regime insbesondere gegen die Arbeiterorganisationen eine Vernichtungskampagne. Der CGTP und insbesondere der 1972 gegründeten Lehrergewerkschaft SUTEP hat Fujimori vorgeworfen, Verbindungen zu den damals aktiven Guerillaorganisationen zu unterhalten. Dabei waren die SUTEP und ihre Zentrale in Lima selbst Ziel von Angriffen des maoistischen „Leuchtenden Pfads“, der die Gewerkschaften als „Verräter“ ansah und führende Funktionäre ermordete. Andere Verbrechen an Gewerkschaftern gingen auf das Konto des Regimes, etwa die Ermordung des CGTP-Generalsekretärs Pedro Huilca im Dezember 1992.

Der Fujimori-Diktatur ging es darum, die Widerstandskraft der Gewerkschaften zu brechen, um die seit Ende der 1980er-Jahre praktizierte Privatisierungspolitik zu forcieren. Die Repression hatte Erfolg. Das lässt sich an Zahlen ablesen, die das peruanische Arbeitsministerium im August 2016 vorlegte. Gehörten im Großraum Lima 1990 noch 21,9 Prozent der Beschäftigten einer Gewerkschaft an, waren dies zehn Jahre später nur noch 3,1 Prozent. Die meisten Arbeitnehmerorganisationen hatten nach Auskunft von SUTEP-Generalsekretär Alfredo Velásquez praktisch aufgehört zu existieren.

Wenige Gewerkschafter

Bis heute hat sich daran nur wenig geändert, selbst wenn der Wiederaufbau der Gewerkschaften in vielen Bereichen – auch mit Unterstützung der GEW und der Bildungsinternationale – engagiert betrieben wird. Trotzdem hatte sich 2008, acht Jahre nach dem Ende der

Lehrkräfte verdienen wenig

Die Zahl der in Peru an öffentlichen Grundschulen beschäftigten Lehrerinnen und Lehrer ist mit gut 340 000 mehr als doppelt so hoch wie die der an privaten Instituten tätigen Pädagoginnen und Pädagogen. Mehr als die Hälfte der Lehrkräfte hat jedoch lediglich zeitlich befristete Honorarverträge und verdient im Schnitt umgerechnet etwa 325 Euro. Ihre festangestellten Kolleginnen und Kollegen erhalten ebenfalls wenig Geld – mehr als 66 Prozent sind in den untersten beiden Gehaltsstufen eingruppiert. Eine Höhergruppierung hängt davon ab, wie viele Beförderungen die Regierung zulässt. Viele Lehrkräfte gehen über Jahre und Jahrzehnte leer aus. Das Durchschnittseinkommen festangestellter Lehrerinnen und Lehrer im öffentlichen Dienst Perus liegt derzeit bei umgerechnet gut 430 Euro. Dabei lassen sich die Preise zumindest in weiten Teilen Limas durchaus mit denen in Europa vergleichen.

A.Sch.

Fujimori-Herrschaft, der gewerkschaftliche Organisationsgrad in Lima nur auf 4,8 Prozent erhöht. Heute liegt Peru mit einem landesweiten Anteil von 5,2 Prozent gewerkschaftlich organisierter Arbeitskräfte auf dem letzten Platz in Lateinamerika – auch wenn es im öffentlichen Dienst mit 16 Prozent organisierter Beschäftigter etwas besser aussieht.

Die mangelnde Stärke der Gewerkschaften hat Folgen für die Menschen. Im vergangenen August berichtete die Tageszeitung „La República“, eines der wichtigsten Blätter des Landes, dass rund die Hälfte der Beschäftigten weniger als den gesetzlichen Mindestlohn von umgerechnet etwa 236 Euro verdient, eine Untergrenze, die ohnehin schon zu den niedrigsten in Südamerika gehört. Hauptsächlich betroffen sind Frauen und Männer, die im sogenannten informellen Sektor arbeiten, als Straßenhändler, Autowäscher oder Kuriere.

Kinderarbeit statt Bildung

Ein Ausweg aus der Misere könnte für viele Heranwachsende eine gute Schul- und Hochschulbildung sein. Doch offiziellen Statistiken zufolge muss jedes dritte Kind im Alter von fünf bis 17 Jahren arbeiten, um zum Lebensunterhalt seiner Familie beizutragen. Das will die SUTEP nicht hinnehmen. Seit Jahren bietet die Gewerkschaft Seminare an, in denen die Lehrerinnen und Lehrer für das Problem der Kinderarbeit sensibilisiert werden. Sie sollen das Gespräch mit den Eltern suchen und ihnen verdeutlichen, dass ihre Kinder nur durch den Besuch der Schule dem Teufelskreis der Armut entkommen können. Doch die Pädagoginnen und Pädagogen stehen mit ihren Anstrengungen nahezu alleine da. Perus Regierungen investieren nur sehr wenig in Bildung: Die Bildungsausgaben Perus lagen 2012 bei 2,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) – Platz 145 von 173 Ländern der Welt. Ein Großteil des Bildungswesens, in dem nach Statistiken des peruanischen Instituts für Volkspädagogik (IPP) insgesamt mehr als 550 000 Lehrerinnen und Lehrer beschäftigt sind, wurde privatisiert. Nur die Grundschulen sind mehrheitlich noch in öffentlicher Hand (s. Kasten).

Bei weiterführenden Bildungseinrichtungen wird der Anteil privater Unternehmen jedoch immer größer. An den Hochschulen sind die bei kommerziellen Anbietern beschäftigten Wissenschaftler bereits deutlich in der Mehrheit. Vier der fünf „besten“ Universitäten sind privat, viele kontrolliert die katholische Kirche. Und was die Studierenden für ihre Studiengebühren dann erwartet, hat mit qualitativ hochwertiger Lehre oft nichts zu tun.

Überprüft wird die Qualität der Lehre kaum, sodass Missbrauch und Korruption Tür und Tor geöffnet sind. „Fasziniert von den Gewinnaussichten haben die neuen Studienzentren die Aufnahme von Studenten bis zum Äußersten gesteigert, aber sie interessieren sich weder für die Bildung ihrer Studierenden noch fördern sie die wissenschaftliche Tätigkeit“, kritisiert etwa die SUTEP aus der Region Cusco in einem Bericht die aktuelle Lage. „Wenn der Profit den akademischen Geist als Motor des Universitätslebens verdrängt, werden die intellektuelle Arbeit und der kritische Geist den Gewinnerwartungen des Eigentümers geopfert.“ Das führt natürlich zu Konflikten, nicht nur an den privaten Hochschulen.

In Lima versammelten sich im vergangenen August Studierende der Nationalen Universität Federico Villarreal (UNFV) vor den Instituten ihrer Hochschule und blockierten die Zugänge. Denn obwohl sie viel Geld für ihr Studium bezahlt hatten, erhielten sie über Monate keinen Unterricht. Erst hatte das Verwaltungspersonal für seine ausstehenden Gehälter gestreikt und damit die Aufnahme des Lehrbetriebs verhindert. Dann weigerte sich die Leitung, die Vorgaben des neuen Hochschulgesetzes umzusetzen. Die Studierenden mussten deshalb befürchten, dass die Behörden ihr Studium und ihre Abschlüsse nicht anerkennen oder der Hochschule sogar die Lizenz entziehen könnten. Für sie hätte das bedeutet, zum nächsten Studienjahr an eine andere Universität wechseln zu müssen – die verlorenen Monate hätte ihnen niemand ersetzt.

André Scheer,
freier Journalist

***SUTEP = Sindicato Único de Trabajadores de la Educación del Perú (Einheitsgewerkschaft der Bildungsbeschäftigten Perus)**
****CGTP = Confederación General de Trabajadores del Perú (Allgemeine Konföderation der Arbeiter von Peru)**

Lima, die Hauptstadt Perus: Wuchtige Gebäude im Kolonialstil prägen das Stadtbild – ebenso wie die täglichen Staus.

NACHHALTIG BRAUCHT NUR 5 MINUTEN: NOTE 1 FÜR DEN KLIMASCHUTZ

Wir bauen klimaschützende, wohngesunde Wunschhäuser aus dem nachhaltigsten Werkstoff der Welt: Holz. Denn in nur fünf Minuten wächst das gesamte Holz für ein ökologisch wertvolles Baufritz-Haus in deutschen Wäldern nach und entzieht der Atmosphäre langfristig mehr als 40 Tonnen CO_2 für ein besseres Klima.
www.baufritz-ew.de

120 JAHRE GESUNDES BAUEN
BAUFRITZ®
Der Ökohaus-Pionier seit 1896

Die Bundesregierung hat einen Nationalen Aktionsplan verabschiedet: Er soll sicherstellen, dass Unternehmen künftig darauf achten, dass entlang der gesamten Produktionskette Menschenrechte sowie soziale Standards eingehalten werden und Kinderarbeit geächtet wird. Unglücke wie in Rana Plaza 2013 – beim Einsturz eines Fabrikgebäudes starben über 1 100 Menschen, das Foto zeigt eine Gedenkveranstaltung – darf es nicht mehr geben.

Foto: imago

Zahnloser Tiger

Das Bildungs- und Förderungswerk der GEW unterstützt die Stiftung „fair childhood – Bildung statt Kinderarbeit“.

// Unternehmen sollen künftig sicherstellen, dass ihre Zulieferer im Ausland Menschenrechte achten und Kinderarbeit ächten. Einen entsprechenden Nationalen Aktionsplan (NAP) hat die Bundesregierung Ende 2016 verabschiedet. Er ist das erste Dokument, das von Unternehmen fordert, ihre menschenrechtliche Sorgfaltspflicht wahrzunehmen. Menschenrechts-Nichtregierungsorganisationen (NGO) kritisieren den Plan als völlig unzureichend. //

Fast zwei Tage lang stand die Fabrik in Flammen – bis von ihr nur noch ein Trümmerhaufen übrig war. Keine drei Jahre nach Rana Plaza, dem bislang größten Unglück in der Textilbranche, starben im Herbst 2016 erneut Menschen in einem Werk in Bangladesch, das für Konzerne im Westen produzierte (E&W berichtete): Das Unternehmen Tampaco Foils lieferte Nestlé und British American Tobacco Verpackungen. Bis eine Explosion den Großbrand auslöste. Und 34 Menschen tötete. Der Fabrikbesitzer ist untergetaucht. Angehörige der Opfer haben ihn wegen fahrlässiger Tötung angezeigt. Doch Verantwortung trügen auch die Auftraggeber in Europa, sagen Menschenrechtsorganisationen: Über Tochterfirmen und Zulieferer seien sie in Verstöße gegen die Menschenrechte verwickelt und profitierten davon. Und zwar überall dort, wo Kinder bei der Ernte von Kakao, Männer beim Graben nach Metallen, Frauen beim Zusammenschrauben von Smartphones ausgebeutet, Familien für eine Palmölplantage oder den Bau einer Öl-Pipeline von ihrem Land vertrieben oder verhaftet werden.

„23 der 30 DAX-Unternehmen sahen sich schon mit Menschenrechtsbeschwerden konfrontiert“, sagt Jens Martens, Geschäftsführer des Global Policy Forum. In nur vier Ländern flatterten Firmen mehr Menschenrechtsbeschwerden auf den Tisch als in Deutschland, ergab eine Studie der Universität Maastricht. Deutsche Firmen tragen Mitschuld, weil sie in Ländern investieren, in denen die Korruption blüht. Weil sie die Preise drücken, die Arbeiter vor Ort deshalb mies entlohnt werden. Und weil sie sich über Firmen-Checks absichern, „die eine Farce sind“, sagt Sarah Lincoln vom Hilfswerk Brot für die Welt. „Von ihren Zulieferern lassen sich die westlichen Konzerne über Lieferverträge und windige Audit-Firmen bestätigen, dass in den Fabriken im Ausland alles in Ordnung ist – wissend, dass solche Persilscheine wenig aussagen und oft sogar zu kaufen sind.“

Das könnte sich künftig ändern. Denn hiesige Unternehmen sollen mehr Verantwortung für ihre globalen Beschaffungs- und Produktionsketten übernehmen. Das zumindest sieht der NAP für Wirtschaft und Menschenrechte vor, den das Kabinett Ende vergangenen Jahres abgesegnet hat. Der Plan war überfällig: Bereits 2011 hatte der UN-Menschenrechtsrat einstimmig entsprechende Leitprinzipien verabschiedet – und die Mitgliedsstaaten aufgefordert, diese über nationale Aktionspläne umzusetzen.

Die UN-Leitlinien verlangen von den Unternehmen, dafür zu sorgen, dass bei der Produktion von „A“ wie Adidas-Schuhe bis „Z“ wie Zucker keine Menschenrechte verletzt werden. Diese sollen „gebührende Sorgfalt“ walten lassen. Konkret: Firmen sollen ermitteln, welche menschenrechtlichen Risiken ihre Produktion etwa auf Baum-

>> Fortsetzung auf Seite 25

>> Fortsetzung von Seite 24

wollfeldern oder in Elektronikwerken birgt – und wie sie Verstöße verhindern können.

Der nun verabschiedete NAP sieht zwar eine Menschenrechtsprüfung entlang der gesamten Liefer- und Wertschöpfungskette vor. Dennoch sei er voller Lücken, völkerrechtlich nicht bindend und auf reine Freiwilligkeit setzend, kritisieren Amnesty International, Brot für die Welt, Germanwatch, Misereor, Oxfam Deutschland und Südwind in einer gemeinsamen Erklärung: „Viele Maßnahmen sind zu vage formuliert." Bleibt der NAP, wie er ist, „wird er leider kaum zur Abschaffung ausbeuterischer Kinderarbeit beitragen", bemängelt auch Antje Ruhmann, Kinderrechtsexpertin bei terre des hommes. „Für dieses Ziel müssten die Menschenrechte verbindlich umgesetzt und Transparenz garantiert sein."

Nicht verbindlich

Doch Verbindlichkeit sucht man im Aktionsplan vergebens. Die Bundesregierung schrecke davor zurück, deutsche Unternehmen darauf zu verpflichten, Menschenrechte im Ausland zu achten, sondern „erwarte" dies lediglich von ihnen, monieren NGOs. Großbritannien, Frankreich sowie in Teilbereichen die USA haben es vorgemacht und bereits verbindliche Vorgaben eingeführt. NGOs kritisieren zudem, dass die Sorgfaltsprüfung laut NAP nur für Firmen mit mehr als 500 Mitarbeitern gilt. Selbst Bärbel Kofler, Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, räumt ein: „Da ist noch viel Luft nach oben – der jetzt vorliegende Aktionsplan ist ein Kompromiss."

Verwässert wurde der ursprüngliche Entwurf, weil die Initiatoren auf massiven Widerstand stießen. Obwohl das Auswärtige Amt (AA) den Aktionsplan federführend entwickelt hatte, blockierte das Finanzministerium immer wieder. Auch Arbeitgeberverbände machten gegen strenge und verbindliche Regeln mobil – diese schadeten der Exportwirtschaft, so ihr Argument. Wenig willig zeigte sich auch die Politik: Nicht einmal Unternehmen in Staatsbesitz müssen menschenrechtliche Sorgfalt bei ihren Auslandsgeschäften an den Tag legen – etwa, wenn sie in Osteuropa Uniformen für die Polizei oder in Fernost Computer für die Verwaltung ordern. Ebenso wenig werden Firmen von öffentlichen Aufträgen, Subventionen oder Außenwirtschaftsförderungen des Bundes ausgeschlossen, wenn sie ihre menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten missachten. „Beides ist bedauerlicherweise gestrichen worden", halten die NGOs in ihrer Erklärung fest.

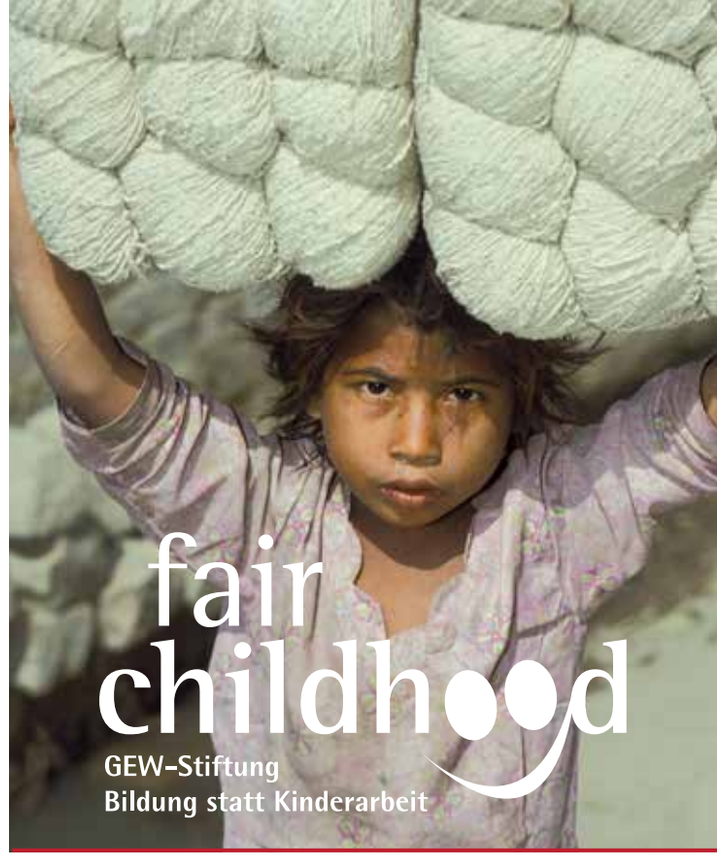
Schwammig sind zudem die Zielvorgaben: Bis 2020 soll die Hälfte der deutschen Betriebe mit mehr als 500 Beschäftigten die Vorgaben umgesetzt haben und mit Gewerkschaften oder unabhängigen Auditfirmen zusammenarbeiten. Andernfalls, so der NAP, drohe eine Regelung per Gesetz. Akzeptiert wird auch, wenn die Firmen begründen, warum sie bestimmte Schritte nicht umsetzen können – etwa, weil die Lieferkette „zu komplex" oder der Aufwand „unverhältnismäßig" sei. „Wer nichts beachtet, hat dennoch nichts zu befürchten", bedauert NGO-Aktivistin Lincoln. Ob der Aktionsplan tatsächlich etwas am Status quo ändert, „steht und fällt damit, wie transparent und unabhängig die Kontrollen sind".

Menschenrechtsorganisationen hatten zudem existenzsichernde Löhne gefordert – ein wichtiges Instrument, um Kinderarbeit einzudämmen. Der Grund: Eltern, die genug verdienen, müssen ihre Kinder nicht aufs Feld oder in die Fabrik schicken. Doch davon, sagt Lincoln, „steht im Nationalen Aktionsplan kein Wort". Für sie und ihre Mitstreiter bleibt das Papier daher solange ein zahnloser Tiger, wie die Unternehmen bei Menschenrechtsverstößen im Ausland nicht haften müssen.

Martina Hahn,
freie Journalistin

Arbeitshilfen für den Unterricht:

- **Fallbeispiele Unternehmensverantwortung: www.cora-netz.de/cora/steckbriefe/**
- **Germanwatch/BfdW: „Wirtschaft und Menschenrechte", https://germanwatch.org/de/12043**



Kindern eine Kindheit geben

Machen Sie mit.
Unterstützen Sie *fair childhood* – GEW-Stiftung Bildung statt Kinderarbeit
Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft,
IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00
BIC: BFSWDE33MUE

www.fair-childhood.eu

Ja, ich möchte mehr Informationen zu *fair childhood*, bitte senden Sie mir weitere Informationen

E&W 02/2017

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

Datum, Unterschrift

Bitte senden Sie diesen Coupon in einem ausreichend frankierten Umschlag an:

fair childhood
GEW-Stiftung „Bildung statt Kinderarbeit"
z. Hd. Susanne Hemmerling
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main

fair childhood
GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit

Miteinander aufwachsen

// Der Umgang mit Migration und Flucht ist für viele Fachkräfte in Kitas nicht neu. Dennoch sind sie manchmal unsicher. Wie sich Kinder an Bildungs- und Interaktionsprozessen beteiligen, welche Rolle dabei der Erwerb der deutschen Sprache spielt, welche Potenziale und Handlungsmöglichkeiten Fachkräfte nutzen können, beschreibt Timm Albers, Professor für Inklusive Pädagogik an der Universität Paderborn. //

Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund oder aus Familien in Armutslagen sind überproportional von Ausgrenzung im Bildungssystem betroffen. Die Forderung nach einer spezifischen Förderung dieser Mädchen und Jungen folgt dabei häufig noch einer auf Defizite ausgerichteten Argumentation, die das Scheitern im Bildungssystem zum Beispiel an mangelnde Sprachkompetenz knüpft. Inklusive Pädagogik versucht, hier einen Perspektivenwechsel anzustoßen.

Sie stellt die Frage, inwiefern sich Bildungseinrichtungen auf die veränderten Bedarfslagen von Kindern und ihren Familien ausrichten. Mit der Umsetzung von Inklusion in der frühpädagogischen Praxis rücken Interaktionsprozesse zwischen Kindern sowie zwischen Kindern und Erwachsenen in den Vordergrund. Kindertageseinrichtungen haben dabei eine besondere Funktion, da sie den Rahmen für Interaktions- und Bildungsprozesse bilden und den Familien Zugänge zum Sozialraum eröffnen können.

Potenziale fördern

Werden sprachliche und kulturelle Differenzen von Kindern und Familien als Defizit und mangelnde Anpassungsleistung gesehen, kann es in der pädagogischen Praxis zu einer Unterschätzung des individuellen Potenzials der Mädchen und Jungen kommen. Segregierende Fördermaßnahmen verringern die Spiel- und Interaktionsmöglichkeiten mit gleichaltrigen deutschsprachigen Kindern. Der negativen sozialen Spirale können die Fachkräfte jedoch ein Handlungsmodell gegenüberstellen, das Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenz als Ressource z. B. der Kinder und Familien mit Fluchterfahrung in den Mittelpunkt stellt.

Dabei geht es um die Anerkennung und Förderung individueller Potenziale und die Gestaltung individueller Bildungs- und Interaktionsangebote in einer heterogenen Gemeinschaft. Ist dies die handlungsleitende Perspektive für die frühpädagogische Praxis, wird deutlich, dass damit ein Gewinn für alle Kinder, unabhängig von Status, Geschlecht, Herkunft, Alter und Fähigkeiten, verbunden ist.

Als wesentliche Voraussetzung von Inklusion in Bildungseinrichtungen wird die soziale Partizipation der Kinder bezeichnet. Darunter versteht man positive Interaktionsprozesse in der Peergruppe: Mädchen und Jungen werden als gleichberechtigte Spielpartner akzeptiert, es entstehen Freundschaften. Die fehlende Fähigkeit, in einen sprachlichen Diskurs mit Gleichaltrigen zu kommen, diesen aufrechtzuerhalten oder angemessen zu reagieren, kann zu einem völligen Ausschluss von Interaktion führen. Betroffene Kinder entwickeln Bewältigungsstrategien Sie begeben sich in eine stärkere Abhängigkeit von Erwachsenen oder verkürzen ihre Dialogbeiträge. In der Folge geraten diese Mädchen und Jungen in einen Kreislauf, der durch die Verfestigung eines negativen Selbstbildes und sozialen Rückzug geprägt ist, der wiederum mit einem verringerten sprachlichen Input aufgrund sozialer Exklusion einhergeht.

Foto: Alexander Paul Englert

Inklusion in Kitas: Kinder lernen viel von- und miteinander. In Spielsituationen entstehen Interaktion und Kommunikation. Davon profitieren beispielsweise Mädchen und Jungen mit Migrationshintergrund beim Spracherwerb, weil an ihren Kompetenzen, nicht an ihren Defiziten angesetzt wird.

Sprache ist wichtig

Schon Kinder, die jünger als drei Jahre sind, zeigen für sprachspezifische Entwicklungsunterschiede in der Peergroup eine hohe Sensitivität und wählen ihre Interaktionspartner in Abhängigkeit von deren sprachlichen Fähigkeiten. Eine Erhebung in Krippen zeigte, dass frühpädagogische Fachkräfte sprachfördernde Strategien häufiger im Gespräch verwendeten, wenn die Kinder über eine hohe Sprachkompetenz verfügten. Kinder mit geringer Sprach-

Netz-Tipps

Die Broschüre „Spiele aus aller Welt“ ist eine Sammlung von 50 Spielen aus allen Kontinenten. Sie kann über www.kita-global.de/material/materialien/spiele-aus-aller-welt/ kostenfrei heruntergeladen werden.
Auf www.wdrmaus.de gibt es in der Rubrik „Maus International“ eine umfangreiche Auswahl an Lach- und Sachgeschichten mit der Maus auf Französisch, Arabisch, Kurdisch, Dari und Englisch.

kompetenz erhielten hingegen weniger Unterstützung durch die Fachkräfte und sie interagierten seltener mit gleichaltrigen Kindern. Durch die Schwierigkeiten in Spielgruppen zu kommen, ergibt sich ein quantitativ und qualitativ geringeres Maß an sprachlichem Input und Kommunikation mit Gleichaltrigen.

Indirekte Strategien

Die Peerinteraktion erfordert Strategien, um den Widerstand der Peers zu überwinden, da Kinder bei ihren Versuchen vielfach und wiederholt auf Ablehnung stoßen können. Als effektive Verhaltensweisen werden in diesem Zusammenhang vor allem indirekte Strategien hervorgehoben, mit denen sich Mädchen und Jungen zunächst aus der Distanz einen Überblick über die Situation und das Spielmotiv verschaffen, um dann zu signalisieren, dass man mitspielen kann, ohne das Spiel der anderen zu stören. Dies ist für Kinder nur dann möglich, wenn sie selbstbestimmt und nicht mit Hilfe Erwachsener in eine Gruppe aufgenommen werden. Die Qualität und Komplexität von Dialogen zwischen Kindern ist abhängig von gemeinsamen Erfahrungen, die die Gesprächspartner teilen, wie die Erlebnisse, die im gemeinsamen Spiel gemacht werden. Die Dauer von Konversationen zwischen Kindern ist dabei stark davon bestimmt, ob diese ein gemeinsames „Drehbuch“ haben, also einen thematischen Rahmen, der beiden Interaktionspartnern bekannt ist. Wenn die Mädchen und Jungen auf einen solchen Gesprächsrahmen zugreifen können und darüber hinaus über elementare Kommunikationsstrategien verfügen, sind sie in der Lage, dialogische Gespräche zu führen und diese über einen längeren Zeitraum aufrechtzuerhalten. Der Erwerb dieser Fähigkeiten umfasst damit ebenso den Aufbau soziokultureller Kenntnisse und das Wissen um die Gefühle und Bedürfnisse anderer wie die kommunikativen Regeln, die eine sprachliche Interaktion gelingen lassen.
Der Erwerb der deutschen Sprache ist zentral für die soziale Inklusion. Die Erkenntnisse der Zweitspracherwerbsforschung belegen eindeutig, dass Kinder weder durch den simultanen Erwerb zweier Sprachen noch durch den frühen Zweitspracherwerb überfordert werden. Sprache ist eng mit der Identitätsentwicklung verknüpft. Alle Kinder brauchen unbedingt die Wertschätzung ihrer Herkunftssprache.

Timm Albers,
Professor für Inklusive Pädagogik an der Universität Paderborn mit dem Lehr- und Forschungsschwerpunkt alltagsintegrierte Sprachförderung, Fachkraft-Kind- und Peer-Interaktion und Umgang mit Kindern mit Fluchterfahrung in der Kita

Literatur:

Albers, T. & Lichtblau, M. (2015). Transitionsprozesse im Kontext von Inklusion – Normative, theoretische und empirische Perspektiven auf die Gestaltung des Übergangs vom Elementar- in den Primarbereich. In: Zeitschrift für Inklusion Online 1. Verfügbar unter: www.inklusion-online.net/index.php/inklusion-online/article/view/260/246.
Albers, T., Bendler, S., Schröder, C. & Lindmeier, B. (2013). Sprachliche Entwicklungsverläufe in Krippe und Tagespflege. In: Frühförderung interdisziplinär 4, (222-231).

Der Text wurde in gekürzter Fassung mit freundlicher Genehmigung aus der Publikation „Ankommen – Willkommenskultur in der Kita“ übernommen. Diese ist erhältlich bei: verlag das netz, www.betrifft kindershop.de Das Heft kostet 9,90 Euro.

Tropfen auf den heißen Stein

// Hunderttausende Menschen flüchteten 2015 und 2016 nach Deutschland. Viele sind jung und im ausbildungsfähigen Alter. Bundesweit gibt es allerdings immer noch zu wenig geeignete Qualifizierungsmaßnahmen. //

Drar T. hat einen Plan: Erst will der 22-Jährige gut Deutsch lernen, dann eine Lehre als Automechaniker beginnen. Vor zwei Jahren kam der junge Eritreer nach Deutschland. Die erste Etappe hat er geschafft und einen Deutschkurs abgeschlossen. Teil des Kurses war ein vierwöchiges Praktikum, das er erfolgreich in einem Berliner Verlag absolvierte.

Die Aussichten für Drar T., als Asylbewerber anerkannt zu werden, sind gut – rund 93 Prozent der Anträge von Eritreern wurden im vergangenen Jahr positiv beschieden. Auch die Jobchancen stünden für ihn nicht schlecht, wenn es gelänge, ihn in das Projekt „Arrivo“ des Landes Berlin zu vermitteln, meint Marina Mai. Sie betreut den jungen Mann in der Flüchtlingsunterkunft. Doch die Plätze sind rar und die Warteliste ist lang. „Arrivo“ wurde 2014 von der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen gemeinsam mit der Handwerkskammer ins Leben gerufen. Seit Anfang 2015 haben in dem Teilprojekt „Arrivo-Übungswerkstätten“ Geflüchtete die Möglichkeit, sich Einblicke in verschiedene Berufsfelder zu verschaffen. Laut Senat haben bis zum August des vergangenen Jahres 527 junge Erwachsene an dem Projekt teilgenommen. Ein Tropfen auf den heißen Stein, wenn man bedenkt, dass allein die Hauptstadt 2015 rund 33 000 Asylbewerber aufgenommen hat, darunter mindestens 15 000 im ausbildungsrelevanten Alter zwischen 16 und 30 Jahren.

Bundesweit gibt es ebenfalls noch zu wenige Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen, sagt Tilly Lex. Die Mitautorin der im Auftrag des Deutschen Jugendinstituts (DJI) durchgeführten Studie „Berufliche Qualifizierung von jungen Flüchtlingen in Deutschland“* betont: „Die Fördermaßnahmen, die angeboten werden, sind aufgrund einer sehr heterogenen und hoch differenzierten Anbieter- und Angebotsstruktur schwierig zu finden.“ Die Folge sei, „dass viele junge Flüchtlinge zu spät oder in die falschen Angebote vermittelt werden“. Die DJI-Studie kritisiert zudem die hohen Hürden, berufliche Abschlüsse festzustellen, die im Herkunftsland erworben wurden. Das scheitere vielfach deshalb, weil Unterlagen wie Ausbildungsnachweise fehlen,

Das Projekt „Arrivo“ ist eine Qualifizierungs- und Fördermaßnahme des Landes Berlin für junge Geflüchtete. Doch die Plätze sind rar, die Warteliste ist lang.

die für das Antragsverfahren benötigt werden. Mit Verweis auf das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) fordern die Autorinnen und Autoren, dass bei Kenntnisnahme und Bewertung vorhandener Qualifikationen „stärker auf Befragungen, Praktika und Erstellung eines Qualifikationsprofils“ – also auf sogenannte nonformale Kompetenzen – zurückgegriffen werde.

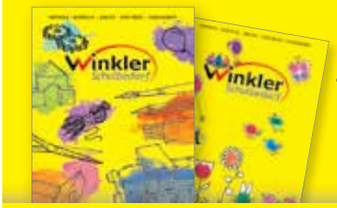
Wenig Klarheit

Probleme, berufliche Vorkenntnisse zu erfassen, räumt auch die Bundesagentur für Arbeit (BA) in Nürnberg auf Nachfrage ein. Entsprechende Daten würden erst seit Juni 2016 erfasst. Man sei hierbei überwiegend auf die Selbstauskunft der Geflüchteten angewiesen. Nicht einmal über die Zahl der Menschen, die im ausbildungsrelevanten Alter sind, herrscht Klarheit. Der im Juni vergangenen Jahres vorgestellte Nationale Bildungsbericht schätzt diese auf 400 000 bis 500 000 Menschen. Wie viele davon bereits eine Ausbildung oder ein Studium absolviert hätten, sei jedoch nicht klar, heißt es in dem Report.

„In der Frage der Validierung von Kompetenzen, also auch deren Zuordnung und Anerkennung, hätten wir längst mehrere Schritte weiter sein können, wenn die Bundesregierung die Handlungschancen der Vergangenheit auch bei den nonformalen Kompetenzen genutzt hätte“, bringt Ansgar Klinger, im GEW-Vorstand für Berufliche Bil-

Foto: imago

WERKEN | BASTELN | MALEN | ZEICHNEN | HANDARBEIT



Winkler Schulbedarf

Fachhandel und Spezialversender für Schulen und Kindertagesstätten

Viele Schulen und Kitas sind begeistert:

- umfangreiches Sortiment
- tolle Preise
- sehr rasche Lieferung

Fordern Sie den kostenlosen Katalog an oder besuchen Sie uns auf:

www.winklerschulbedarf.de

STAMM Verlag E&W Verlagsreisen

Johannes-Passion Ostern in Leipzig

4-tägige Musikreise vom 14.04. bis 17.04.2017

ab € 420,- p. P. im DZ
EZ-Zuschlag € 90,- p. P.

Foto © Bach-Archiv Leipzig/ G. Mothes

Thomanerchor und Gewandhausorchester präsentieren Johann Sebastian Bach

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter www.gew.de/verlagsreisen
Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0
Veranstalter: tslmedialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

ABC Asyl- und Aufenthaltsrecht

„ABC Asyl- und Aufenthaltsrecht“, ein kleines Büchlein zu diesem Thema, hat die GEW gemeinsam mit dem Deutschen Jugendinstitut München und dem Deutschen Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e. V. Ende 2016 herausgegeben. Mit dieser Broschüre wollen die Organisationen im Dschungel des Rechts eine erste Orientierung geben. Zu beziehen über www.gew-shop.de bzw. Download über www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/gew-veroeffentlicht-abc-des-asyl-und-aufenthaltsrechts/.

dung und Weiterbildung verantwortlich, das Problem auf den Punkt. Eine Reform bei der Anerkennung erworbener formaler und nonformaler Kompetenzen sei in Deutschland grundsätzlich notwendig, fordert Klinger, „und zwar unabhängig von der Flüchtlings-Thematik“. Auf Ebene der Europäischen Union (EU) gebe es dazu längst Verfahrensvorschläge, so u. a. den Europäischen Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen (EQR). Dieses System soll inhaltliches Wissen genauso wie erworbene Handlungskompetenzen in einem Beruf und langjährige Berufserfahrungen veranschaulichen. Bereits 2012 habe die EU alle Mitgliedsstaaten aufgerufen, bis 2015 auf der Grundlage des EQR ein Konzept zur Validierung beruflicher Kompetenzen, die außerhalb des beruflichen und schulischen Bildungssystems gesammelt worden sind, vorzulegen und dieses bis 2018 national rechtsbindend zu verankern.

Einige europäische Länder, etwa Finnland oder die Schweiz, haben ein solches System bereits eingeführt, andere wie Österreich sind dabei, es zu realisieren. In Deutschland bewege sich dagegen nach wie vor nichts, kritisiert Berufsbildungsexperte Klinger. Dementsprechend müssen z. B. Ingenieure aus dem Ausland vielfach noch mal von vorne anfangen, weil ihre Abschlüsse hier nicht anerkannt werden. Oder junge Männer aus nordafrikanischen Ländern, die vielleicht nur neun Jahre Schule absolviert haben, aber über praktische Berufserfahrung verfügen, können keine Ausbildung beginnen, weil ihnen der Schulabschluss fehlt. Zwar gibt es mittlerweile auch in Deutschland ein gesetzlich geregeltes Anerkennungsverfahren für Menschen aus Nicht-EU-Ländern, doch in der Praxis betrifft das überwiegend Mediziner.

Auch Drar T. steht vor einer ungewissen Zukunft. Der erhoffte Ausbildungsplatz liegt noch in weiter Ferne. Für die Behörden ist vor allem die mangelnde schulische Qualifikation des jungen Eritreers ein Problem: Er wurde in seinem Heimatland erst mit zehn Jahren eingeschult und hat die Schule mit 19 ohne Abschluss verlassen; einen Beruf hat er nie erlernt.

Um junge Erwachsene wie ihn schneller in Ausbildung zu bringen, wollen Wirtschaftskreise, dass die Ausbildungsregeln aufgeweicht werden. So spricht sich die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (VBW) u. a. für verkürzte, „theorieentlastete“ Ausbildungsgänge, Teilqualifizierungen und „arbeitsmarktrelevante Zertifikate“ aus. Die Robert-Bosch-Stiftung verlangt eine Erweiterung der (Berufs)Schulpflicht grundsätzlich bis zum 25. Lebensjahr oder bis zum Erwerb eines ersten, allgemeinbildenden Abschlusses sowie eine Validierung „von nicht zertifizierten und informell erworbenen Kompetenzen“. Die Bertelsmann Stiftung** erwartet aufgrund der Flüchtlingszahlen der vergangenen zwei Jahre für 2017 einen zusätzlichen Bedarf von 100 000 Lehrstellen; da dieser nicht allein von den Betrieben gedeckt werden kann, brauche es mehr öffentlich geförderte Ausbildungsplätze.

Jürgen Amendt,
Redakteur „Neues Deutschland“

***Frank Braun, Tilly Lex: Berufliche Qualifizierung von jungen Flüchtlingen in Deutschland, Deutsches Jugendinstitut 2016; www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2016/Braun_Lex_Expertise_Fluechtlinge.pdf**
****www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/LL_GP_Integration_Positionspapier.pdf**
*****Herbert Brücker, Nina Rother und Jürgen Schupp (Hrsg.), in: DIW Berlin: Politikberatung kompakt 116; IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.547162.de/diwkompakt_2016-116.pdf**

Zugang zum Arbeitsmarkt für Asylbewerber

- Der Zugang von Asylbewerbern zum Arbeitsmarkt ist beschränkt. Grundsätzlich gilt, dass nach einer Wartefrist von drei Monaten eine Arbeitstätigkeit nur mit Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit (BA) gestattet ist. Ausnahme: eine Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf zu absolvieren. Das ist nach drei Monaten ohne Zustimmung der BA möglich.
- Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) kam in einer im November 2016 veröffentlichten Studie auf der Basis einer Umfrage unter 2 349 erwachsenen Geflüchteten, die zwischen Januar 2013 und Januar 2016 nach Deutschland eingereist sind, zu folgenden Ergebnissen***: 58 Prozent sind mindestens zehn Jahre lang zur Schule gegangen (zum Vergleich: bei der deutschen Wohnbevölkerung beträgt der Anteil 88 Prozent). 19 Prozent der Geflüchteten haben eine Hochschule oder Universität besucht (einheimische Wohnbevölkerung: 21 Prozent). Zwölf Prozent haben eine betriebliche Ausbildung absolviert, sechs Prozent diese Ausbildung auch erfolgreich abgeschlossen (einheimische Wohnbevölkerung: 59 Prozent). 46 Prozent der Befragten wollen in Deutschland einen Schulabschluss, 66 Prozent einen Hochschul- oder berufsbildenden Abschluss erwerben. J.A.

Asyl: Vorurteil und Fakt

// Nicht nur in rechten Internetforen und unter Sympathisanten der „Alternative für Deutschland“ (AfD), sondern bis in die bürgerliche Mitte hinein kursieren viele – zum Teil hasserfüllte – Klischeevorstellungen und Stereotype über geflüchtete Menschen. So kommt es zu Behauptungen, die häufig auf Ressentiments und Nichtwissen basieren. Das soll nicht so bleiben. In der Februar-Ausgabe setzt die E&W-Redaktion die Serie „Vorurteil und Fakt“ fort. //

„Es gibt so viel Armut in Deutschland. Aber die Flüchtlinge leben in größeren Wohnungen und sind auch noch umsonst krankenversichert ...“

Falsch. Ein Flüchtling hat in Deutschland Anspruch auf einen Wohnraum von 4,5 bis sieben Quadratmeter pro Person – die Zahl variiert je nach Bundesland. Ein Hartz-IV-Empfänger in Deutschland hat hingegen Anspruch auf 45 Quadratmeter Wohnraum – jedem weiteren Haushaltsmitglied stehen zusätzlich 15 Quadratmeter zu –* und ist zudem krankenversichert. Geflüchtete dürfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz nur bei akuten Schmerzen und im Notfall zum Arzt**.

Christoph Ruf, freier Journalist

***Quelle: Paragraf 22 Sozialgesetzbuch II (SGB II): www.hartz4hilfthartz4.de/Wohnung/#Angemessene_Groesse_einer_Hartz-IV-Wohnung**
****Quellen: Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG): www.gesetze-im-internet.de/asylblg/__12.html und www.verbraucherzentrale.de/medizinische-versorgung-von-asylbewerbern**

Wenn das Studium drückt

// Seitdem die Hochschulen auf Bachelor- und Master-Studiengänge umgestellt haben, ist der Leistungsdruck auf Studierende deutlich gestiegen (s. S. 12 ff.). Das ist für viele junge Frauen und Männer eine große Herausforderung. Die Hochschule Zittau-Görlitz leistet jetzt Pionierarbeit: mit einem in Deutschland einmaligen Hochschul-Sozialarbeiter. //

Görlitz, der äußerste Osten Sachsens, an den Ufern der Lausitzer Neiße gelegen, die Deutschland von Polen trennt: Hier, versteckt in der kleinen, holprigen Furtstraße, liegt der Campus der Hochschule Zittau-Görlitz. Das Ensemble ist eine gelungene Mischung aus mondänen Gründerzeithäusern und modernen Neubauten. Mit viel Grün im Innenhof und einer Mensa mit Sommerterrasse wirkt der Ort eher wie ein Dorfplatz und nicht wie eine urbane Akademikerschmiede. Gerade dieser idyllische, entlegene Winkel der Republik sorgt nun mit einer überraschenden Nachricht für Furore: Die Hochschule Zittau-Görlitz mit ihren rund 3 200 Studierenden hat in einem bundesweit bisher einmaligen Projekt einen Sozialarbeiter angestellt. Nicht trotz der Beschaulichkeit, sondern gerade deshalb.

Foto: Jürgen Möldner (Hochschule Zittau-Görlitz)

Mit der sozialpädagogischen Anlaufstelle will die Hochschule ein Beratungsangebot für schwierige Studien- und Lebenssituationen machen. Zunehmende psychische Belastungen und soziale Probleme der Studierenden führten zu einem größeren Unterstützungsbedarf, sagt Andreas Markert, Prodekan der Fakultät Sozialwissenschaften.

Nah dran

„An einer kleinen Hochschule wie unserer bekommen wir viel eher Einblick in die Lebenswelten der Studierenden“, sagt Soziologe Andreas Markert, Prodekan der Fakultät Sozialwissenschaften. „Wir sind viel näher an den Sorgen und Problemen junger Menschen dran.“ Und die sind mitunter alarmierend: Verschiedene Studien hätten seit einigen Jahren zunehmende psychische Belastungen und soziale Probleme bei Studierenden aufgezeigt, sagt Markert. Angesichts der Stress- und Belastungssymptome hätten diese auch einen größeren psychosozialen Beratungs- und Unterstützungsbedarf. Dem habe sich die Hochschule mit dem Beratungsangebot für schwierige Studien- und Lebenslagen gestellt und eine eigenständige, professionelle sozialpädagogische Anlaufstation für alle Studierenden und andere Hochschulangehörige geschaffen. Finanziert wird die halbe Stelle bis 2020 aus „Hochschulpakt“-Geldern des Freistaates Sachsen.

Der Diplom-Sozialarbeiter Sandro Hänseroth, 33, bietet seit dem vergangenen Semester offene Kontaktzeiten dienstags bis donnerstags von 10 bis 16 Uhr an – aber er geht auch dorthin, wo man sich trifft: in Mensen, Clubs, Hörsäle und auf den Campus. Er kommt mit den Menschen ins

Foto: Sven Heitkamp

Pionierarbeit: Die Hochschule Zittau-Görlitz hat Diplom-Sozialarbeiter Sandro Hänseroth eingestellt. Er berät Studierende und andere Hochschulmitarbeiter, wenn es Probleme gibt – ein bundesweit (bisher) einmaliges Projekt.

Gespräch, stellt Beratungsangebote vor und bietet seine Hilfe an. „Mehr als die Hälfte der jungen Frauen und Männer fühlt sich gestresst und erschöpft“, erzählt Hänseroth. „Depressive Erkrankungen und psychosomatische Beschwerden nehmen zu.“ Hinzu kommen Drogenprobleme – weil sich immer mehr junge Menschen mit Crystal Meth gegen Verstimmungen und Kraftlosigkeit stemmen, um geforderte Leistungen zu bringen.

„Wir haben vermehrt Studierende, die Alkohol und Drogen konsumieren“, bestätigt Soziologe Markert. Er hat zur psychosozialen Lage Studierender und über deren Auswirkungen auf das Studium geforscht. Angesichts der Ergebnisse geht er davon aus, dass nicht

zuletzt die neuen Bachelor- und Master-Studiengänge und die damit tendenziell einhergehende Verschulung des Studiums sowie Zeitnöte den Problemdruck junger Erwachsener in den vergangenen Jahren stark erhöht haben. „Ein straffer Stundenplan, sehr viel Lernstoff, jedes Semester mehrere Prüfungen, dazu Referate und Belegarbeiten – da bleibt wenig Freiraum, wie ich ihn in meinem Studium noch kannte“, sagt Markert, der einst in Bielefeld Soziologie studiert hat und seit mehr als zehn Jahren in Görlitz im Bereich Sozialarbeitswissenschaften lehrt und forscht.

Viele Verpflichtungen

Neben den verschärften Studienbedingungen haben die Studierenden laut Hänseroth mehr und mehr zusätzliche Verpflichtungen: „Manche haben ein Kind sowie einen oder mehrere Nebenjobs, um genug Geld für das Studium zu verdienen. Oder sie müssen Verwandte pflegen“, erzählt der Sozialarbeiter. So entstehen oft Zukunftsängste, Sinnkrisen und Schreibblockaden, Beziehungsprobleme oder finanzielle Sorgen. „Die meisten jungen Menschen, die bei mir Hilfe suchen, haben nicht nur ein Problem, sondern ein ganzes Bündel von Problemlagen“, sagt Hänseroth. Manchmal helfe es ihnen schon, dass ihnen zugehört wird und sie in einem lockeren Gespräch neue Perspektiven und Lösungsansätze entdecken. Der diplomierte Sozialpädagoge ist auch als Systemischer Berater ausgebildet – und er weiß, dass er die Probleme der Studierenden nicht allein lösen kann. Aber er könne Tipps für den Alltag geben, Prüfungssituationen simulieren, Entspannungstechniken vermitteln, Zeiten emotionaler Not ein wenig überbrücken und ein Netzwerk anderer Helfer vermitteln: Beratungsstellen, Psychologen, Ämter, ambulante oder stationäre Einrichtungen.

Dabei ist der Sozialarbeiter nicht die einzige psychosoziale Anlaufstation an der Hochschule: Das Studentenwerk Dresden bietet jeden Monat psychosoziale Beratungsstunden an. Außerdem hat Hänseroth bereits 2012 das Projekt „Studierende beraten Studierende“ mitbegründet, in dem höhere Semester mit seiner Anleitung ehrenamtlich Studienanfänger unterstützen. Auch dafür wurde eine halbe Stelle bewilligt, aus Mitteln des „Qualitätspakts Lehre“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. „Wir haben festgestellt, dass wir neben der hochschwelligen, professionellen Beratung aus Dresden und dem niedrigschwelligen Angebot vor Ort noch einen Mittelweg brauchen. Daraus ist die Idee für den Hochschul-Sozialarbeiter entstanden“, sagt Hänseroth. „Meine Aufgabe ist es, zu aktivieren, zu begleiten und neue Handlungsmöglichkeiten zu schaffen.“ Doch als Sozialarbeiter ist ihm auch klar, was nicht geht: Er kann nicht gegenüber Dritten als Anwalt Studierender auftreten oder Hochschulpolitik betreiben.

Entlastung bringt das Projekt auch Professoren, denen oft die Zeit oder Beratungskompetenz für schwierige Lebensfragen fehlen. „Manchmal werden wir mit Problemen konfrontiert, aber können nicht wirklich helfen und sind selbst überfordert“, sagt Professor Markert. „Deswegen sind wir heilfroh, dass wir Hilfesuchende nun an den Sozialarbeiter vermitteln oder uns mit ihm abstimmen können.“ Tatsächlich hat Hänseroth inzwischen schon zig Beratungsgespräche geführt. Oft berät er parallel online, per Facebook oder WhatsApp. Ob das Modell bundesweit Schule machen wird? „Wir hoffen das und haben schon einige Anfragen“, so Markert. „Wir geben unsere neuen Erfahrungen gerne weiter.“

Sven Heitkamp,
freier Journalist

„Jeder hat das Recht auf Bildung...“
Artikel 26 (1) Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

Wer wir sind
World University Service (WUS) ist eine 1920 gegründete internationale, politisch und konfessionell nicht gebundene Organisation von Studierenden, Lehrenden und Mitarbeitenden im Bildungssektor. WUS-Deutschland ist eines von weltweit über 50 Komitees, die sich gemeinsam für das **Menschenrecht auf Bildung** einsetzen.

Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika
WUS unterstützt ausländische Studierende durch:
• **Lobbyarbeit** zur Verbesserung der Rahmenbedingungen
• **berufliche Orientierung** und **Reintegration** in ihren Herkunftsländern
• **STUBE** – das Studienbegleitprogramm für Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika in Hessen
• das **Portal Hessische Hochschulen im Nord-Süd-Kontext**

Globales Lernen und Portale
Förderung des Globalen Lernens und Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) durch:
• die **Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd** im Bereich der Vernetzung und Vermittlung von Informationen
• das **Portal Globales Lernen der Eine Welt Internet Konferenz (EWIK)** beim WUS: kostenfreie Unterrichtsmaterialien und aktuelle Aktionen und Veranstaltungen aus dem Bereich Globales Lernen
• das **Portal Deutsche Länder in der Entwicklungspolitik** im Auftrag der 16 Deutschen Länder

WUS World University Service
World University Service - Deutsches Komitee e.V.
Tel: 0611/446648 * info@wusgermany.de *
www.wusgermany.de

ICH WILL'S WISSEN.

ARTIKEL 26:
Jeder hat das Recht auf Bildung.

DIE ALLGEMEINE ERKLÄRUNG DER MENSCHENRECHTE
ICH SCHÜTZE SIE – SIE SCHÜTZT MICH

www.amnesty.de

AMNESTY INTERNATIONAL

Von Rekord zu Rekord!?

// Mit der Initiative „Bildung. Weiter denken!“ macht sich die GEW für mehr Geld für den Bildungsbereich stark. Sie zeigt Wege auf, wie der Staat zusätzlich Geld einnehmen kann, um seine Bildungsinvestitionen aufzustocken: beispielsweise mit einer gerechteren Einkommensteuerpolitik, die Arme entlastet und Reiche stärker in die Verantwortung nimmt. Für ein Steuerkonzept, wie es die GEW vorgelegt hat, brauchen wir gesellschaftliche Mehrheiten. Um diese zu gewinnen, müssen u. a. die Mythen der Steuerpolitik entzaubert werden. Dazu will E&W einen Beitrag leisten: In der Februar-Ausgabe setzt die Redaktion die Serie „Fakten contra Wirtschaftsmythen“ fort. //

Mythos

„Die alljährlichen Rekorde bei den Steuereinnahmen zeigen: Der gierige Staat belastet die armen Steuerzahler immer mehr.“

Die alljährliche Empörung ist garantiert: Denn Jahr für Jahr vermeldet das Bundesfinanzministerium einen Rekord bei den Steuereinnahmen. Und alljährlich lassen interessierte Kreise das große Gejammer folgen – nach dem Motto: Der gierige Staat belaste den armen Steuerzahler mehr denn je.
Dieser Mythos ist ein Beispiel, wie aus Statistiken politische Unwahrheiten entstehen. Das Gerede suggeriert, wir erlebten die härteste Steuerbelastung aller Zeiten. Genau das ist aber nicht der Fall. Formal gesehen ist es zwar korrekt, von einem Steuerrekord zu sprechen. Irreführend aber sind die politischen Schlussfolgerungen. Steigende Steuereinnahmen sind nämlich eine Selbstverständlichkeit, eine absolute Normalität in einer wachsenden Wirtschaft und keinesfalls ein Anzeichen für eine höhere Steuerlast. Deutschland verzeichnete seit 1970 in 43 von 47 Jahren Rekordsteuereinnahmen. Nur viermal ging das Aufkommen zurück. Dreimal sorgte dafür die rot-grüne Bundesregierung Anfang des Jahrtausends mit Steuerentlastungen. Einmal brachen die Steuereinnahmen wegen der Finanzkrise ein.

Fakt

„Die Menschen tragen heute eine niedrigere Steuerlast als Mitte der 1970er- und Ende der 1990er-Jahre.“

In den anderen 43 Jahren hat die Politik jedoch nicht ständig die Steuern erhöht: Die Einnahmen gehen nach oben, weil die deutsche Volkswirtschaft wächst und die Preise steigen. Auch das Bruttoinlandsprodukt stellt einen Höchstwert nach dem anderen auf. 1991 lag es bei 1,6 Billionen Euro, heute bei weit über drei Billionen Euro. Spricht irgendjemand davon, dass die Wirtschaft einen Rekord nach dem anderen erzielt? Auch bei den Steuern sollte man das lassen.
Die Belastung der Menschen kann man nur sinnvoll erfassen, wenn man die Steuerzahlungen in Relation zum Einkommen setzt. Die Steuerquote, also das Verhältnis des Steueraufkommens zum Bruttoinlandsprodukt, ist zuletzt etwas gestiegen. Sie liegt aber deutlich niedriger als Mitte der 1970er- oder Ende der 1990er-Jahre – und keinesfalls auf Rekordniveau. In den vergangenen beiden Jahrzehnten hat die Politik gerade die Spitzenverdiener massiv entlastet.

Markus Sievers,
Redakteur Du Mont Hauptstadtredaktion

Am Scheideweg

// Die GEW steht für eine Bildung, die in das Konzept einer menschenrechtsbasierten Demokratie integriert ist. //

Menschenrechte sind nicht teilbar. Deshalb geht dieses Konzept von Demokratie einher mit der Vorstellung eines gut ausgebauten Wohlfahrtsstaats. Der angestrebte Ausbau sozialer Menschenrechte geht auf die Erfahrungen der Eliten mit den großen menschengemachten Katastrophen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zurück. Spätestens seit den 1990er-Jahren hat sich jedoch auch in Deutschland die Dominanz einer neoliberalen Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik endgültig durchgesetzt. Diese Politik verteilt über einen dreifachen Angriff auf den Wohlfahrtsstaat Vermögen und Reichtum nach

oben um. Es ist selbst im ökonomischen Mainstream inzwischen hinreichend belegt, dass diese Entwicklungen zum Beispiel wegen fehlender staatlicher Investitionen und zunehmender Ungleichheit der Einkommen Wachstum und Wohlstand bedrohen und multiple Krisen hervorrufen. Unzureichende Bildungsinvestitionen spielen dabei eine Schlüsselrolle. Zusätzlich gefährden die zunehmende Ungleichheit, der Abbau des Wohlfahrtsstaats sowie prekäre Lebens- und Arbeitsverhältnisse die Demokratie. Die Lösung für die durch die neoliberale Politik ausgelösten Krisen liegt in einem Wiederaufbau des Wohlfahrtsstaats durch massive staatliche Ausgabenerhöhungen – vor allem in der Bildung. Auch der Zuzug Geflüchteter würde sich über entsprechende Bildungs- und Sozialstaatsinvestitionen in ein erfolgreiches Konjunkturprogramm verwandeln. Die GEW zeigt mit ihren Berechnungen zu den Kosten eines zukunftsfähigen Bildungssystems und ihrem Steuerkonzept, wie die neoliberale Wachstums-, Demokratie- und Prekarisierungskrise überwunden werden kann.

Wer sich für die Verwirklichung des Grundrechts auf Bildung im Sinne der GEW stark macht, setzt sich nicht nur abstrakt für die Demokratie ein. Die deutsche Gesellschaft, die global Verantwortung trägt, steht bei der Frage der künftigen Finanzierung des Sozial- und Bildungsstaats am Scheideweg: Wie geht es weiter? Mit einer weiteren Vertiefung der gesellschaftlichen

Spaltung, hohen Profiten für wenige und der Sozialisierung der Ausbeutungskosten? Diese Entwicklungen führen zu einer schleichenden Gefährdung der Demokratie – und in die nächste Finanzkrise. Geschichte droht sich zu wiederholen. Oder beginnt durch den Einsatz vieler Menschen für eine Neubegründung eines egalitären Wohlfahrtsstaats ein besseres Leben für die breite Masse der Menschen in demokratischer Mitbestimmung? Engagieren wir uns gemeinsam für eine Einkehr der unteilbaren demokratischen Vernunft! E&W

Diese Themen werden in der Broschüre „Wachstum, Inklusion und Demokratie“ des Politikwissenschaftlers Tobias Kaphegyi diskutiert, die ökonomische Entwicklung der jüngsten Jahrzehnte wird dargestellt. Sie finden das Heft auf der GEW-Website unter www.gew.de/bildungsfinanzierung-pdf.

STAMM Verlag E&W Verlagsreisen

Malta – Sonneninsel im Mittelmeer

Kulturelle Schätze und malerische Fischerdörfer

8-tägige Flugeise

ab € 898,-
p. P. im DZ
EZ-Zuschlag ab € 140,- p. P.

Freuen Sie sich auf die Hauptstadt Valletta, unternehmen Sie einen Ausflug in die „drei alten Städte” Vittoriosa, Senglea und Cospicua, besuchen Sie die historische Stadt Mdina und unternehmen Sie einen Ausflug nach Gozo – Maltas Schwesterinsel. Hier stehen u. a. die Buchten von Xlendi und Marsalforn, die 5.000 Jahre alte Tempelanlage Ggantija, Gozos Naturwunder Fungus-Rock, Inland See und Azur-Window auf dem Programm.

Abflug immer Mittwoch vom 15.03.2017 bis 25.10.2017

Preise und Termine im Flyer unter www.gew.de/verlagsreisen

Das beinhaltet unsere Reise

✓ Flug inkl. Steuern und Gebühren
✓ Transfer Flughafen – Hotel – Flughafen
✓ Flughafenassistenz bei Ankunft/Abflug Malta
✓ 7 Übernachtungen im Dolmen Resort Hotel (****), oder gleichwertig
✓ 7 x Frühstücks-Büfett
✓ 6 x Abendessen im Hotel (bei Spätanreise 5 x Abendessen und 1 x Lunchpaket)
✓ 1 x Kaninchenessen (Maltas Nationalgericht) in einem typisch maltesischen Restaurant in Hotelnähe
✓ Ganztagesausflug „Cottonera und Valletta” inkl. „Malta Experience”, Halbtagesausflug „Mdina, Rabat und Mosta”, Ganztagesausflug „Gozo”, Halbtagesausflug „Hafenrundfahrt und Shopping in Sliema”, Ganztagesausflug „Maltas landschaftliche Höhepunkte”
✓ deutschsprachige Reiseführung während der Ausflüge
✓ deutschsprachige Gästebetreuung vor Ort

Abflughäfen

- München
- Düsseldorf + € 15,- p. P.
- Frankfurt/Main + € 20,- p. P.
- Berlin-Tegel + € 20,- p. P.

Flugsaisonzuschlag

- München (12.04., 07.06., 26.07., 30.08.)
- Düsseldorf (12.04., 19.07., 23.08., 25.10.)
- Frankfurt/Main (05.04., 12.04., 05.07., 02.08., 11.10., 18.10.)
- Berlin-Tegel (12.04., 02.08., 06.09., 25.10.)

jeweils + € 55,- p. P.

Fotos © visitmalta.com

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter www.gew.de/verlagsreisen
Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0
Veranstalter: tslmedialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

Cartoon: Thomas Plaßmann

Renaissance des Konservativ-„Revolutionären“

// Die Alternative für Deutschland (AfD) rüstet sich mit ideologisch aufgeladenen Positionen für die kommenden Wahlkämpfe. //

Die aktuellen Allianzen und Äußerungen der AfD lassen ahnen, dass das politische Jahr 2017 nicht nur von einem Wahl-, sondern vor allem von einem rechten Kulturkampf geprägt sein wird.

Die Feinderklärung der Rechtspopulisten gilt dabei den Befürwortern gesellschaftspolitischer Liberalisierung und Förderung vermeintlicher Minderheiten – vom „Gender-Mainstreaming“ bis hin zur Etablierung der Gender Studies an einigen Universitäten. Gerade die „Gutmenschen“ in den „Altparteien“ sollen der selbsternannten „Partei des gesunden Menschenverstandes“ weichen. Nicht nur in Thüringen oder Sachsen-Anhalt, wo in neurechten Zirkeln geschulte Abgeordnete wie Björn Höcke oder André Poggenburg die AfD repräsentieren, wird ein scharfer Tonfall gegen die „bunte Republik“ angeschlagen. Auch Martin Renner – neben Markus Pretzell Parteisprecher der AfD in Nordrhein-Westfalen – polemisiert lautstark wider die „Umerziehung“ durch die „neomarxistische Frankfurter Schule“. Die „Überlegenheit unserer abendländischen Kultur“ müsse, so Renner, „wieder zum Zielpunkt unserer Bildungsvermittlung“ werden.

Einflussreiche AfD-Politiker vertreten Positionen, die bislang nur von randständigen rechten Ideologieproduzenten formuliert wurden. Der thüringische AfD-Fraktionsvorsitzende Höcke hielt beispielsweise seine Rede über den „lebensbejahenden afrikanischen Ausbreitungstyp“ im November 2015 auf einer „Winterakademie“ des Instituts für Staatspolitik. Götz Kubitschek, Mitbegründer des auf dem sachsen-anhaltinischen Rittergut Schnellroda ansässigen Instituts, war bislang nur als Wortführer einer Gruppe Rechtsintellektueller bekannt, die in Zeitschriften wie der von ihm redigierten „Sezession“ einen „metapolitischen“ Kampf um die Köpfe führen wollte. „Metapolitik“

ist der Begriff für einen Kampf um die „kulturelle Hegemonie“, „geistigen Einfluss“ auf Debatten und Begriffe. Dabei wurden vorzugsweise die „Köpfe auf den Schultern von Macht- und Mandatsträgern“ ins Visier genommen. Mit dem Aufkommen der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) im Oktober 2014 hat sich die Kampfzone jedoch rasant erweitert. Kubitschek wurde zum gefragten Redner bei den Dresdner Pegida-„Abendspaziergängen“ und gilt zudem als einer der wichtigsten Berater der AfD-Politiker Höcke und Poggenburg.

„Völkische Gegen-Elite“

In seinen Reden und Schriften propagiert Kubitschek die „Verteidigung des Eigenen“ wider den behaupteten Zerfall der „ethnokulturellen Identität“. Begriffe wie „Umvolkung“ gehören zu den Standards des neurechten Jargons. Kubitschek inszeniert sich derweil medienwirksam als Repräsentant einer „völkischen Gegen-Elite“, die – wie er in einem Briefwechsel mit dem Politikwissenschaftler Claus Leggewie schreibt – eine „Mischung aus Wissenschaft, Struktur und Aktion“ organisiert, „die uns als Taktgeber legitimiert und uns die notwendige Autorität verschafft“. Bislang galten Wendungen wie diese als kryptisches Raunen obskurer Kulturpessimisten. Nun aber bitten auch die als „Lügenpresse“ geschmähten großen Blätter um eine Audienz in Schnellroda. „Der Spiegel“ (Nr. 51/2016) widmete Kubitschek im vergangenen Dezember ein siebenseitiges Porträt, in dem dieser zum „Konservativen“ verklärt wurde. Kubitschek wolle „bewahren, nicht verändern“, heißt es in dem mit „Der dunkle Ritter“ betitelten Artikel. Das Hamburger Nachrichtenmagazin erlag dabei der Selbstdarstellung des rechten Bewegungsunternehmers. Denn es ist der erklärte Wille seines politischen Milieus, den Konservatismus wieder als scharfen „Kampfbegriff“ zu etablieren. Die Vertreter der von Kubitschek als geistigen Orientierungspunkt gerühmten „Konservativen Revolution“, zu der ihr Chronist Armin Mohler den Staatsrechtler Carl Schmitt oder den Schriftsteller Ernst Jünger zählte, wollten nicht „bewahren“. Im Gegenteil – es galt gemäß dem Leitmotiv von Arthur Moeller van den Bruck vielmehr „Dinge zu schaffen, die zu erhalten sich lohnt“. Anfang 2014 veröffentlichte das Magazin „Cicero“ ein „AfD-Manifest“ des Sloterdijk-Schülers Marc Jongen. Darin forderte dieser, dass „tradierungswürdige Zustände neu geschaffen werden müssen“. Jongen, inzwischen vom Feuilleton zum angeblichen „Parteiphilosophen“ der AfD geadelt, soll im Februar auf der „Winterakademie“ des sich in der Tradition der „Konservativen Revolution“ wähnenden Instituts sprechen. Das Thema der Tagung lautet schlicht „Gewalt“.

Bezeichnend sind auch die internationalen Referenzen der Rechten von Schnellroda. Felix Menzel, ein führender Autor der „Sezession“, zeigt sich in seinem mit Philip Stein verfassten Buch „Junges Europa“ fasziniert von der italienischen Kulturbewegung „CasaPound“, den „Faschisten des dritten Jahrtausends“. Und 2013 führte Kubitschek ein öffentliches Gespräch mit dem Publizisten Gabriele Adinolfi. Der Auftritt von Adinolfi, der sich einst im Umfeld des militanten italienischen Neofaschismus bewegte und heute als einer der Vordenker von CasaPound gilt, war auch im rechten Lager umstritten.

Doch solche Provokationen sichern die mediale Aufmerksamkeit. Im Januar sollte Kubitschek auf Einladung des Theaters Magdeburg mit dem sachsen-anhaltinischen Innenminister Holger Stahlknecht (CDU) an einer Podiumsdiskussion teilnehmen. Die Ankündigung sorgte für einen Skandal, die Veranstaltung wurde in der geplanten Form abgesagt. Dabei war die Zusage Kubitscheks nicht selbstverständlich, verbirgt dieser doch keineswegs, dass er die politische Kultur der Bundesrepublik verachtet. Vollmundig spricht er vom „geistigen Bürgerkrieg“. In seiner 2007 erschienenen Strategieschrift „Provokation“ lehnte er die Einladung „an einen Eurer runden Tische“ noch brüsk ab. „Nein, diese Mittel sind aufgebraucht, und von der Ernsthaftigkeit unseres Tuns wird Euch kein Wort überzeugen, sondern bloß ein Schlag ins Gesicht“, polterte der „Konservative“ Kubitschek damals.

Der rechte Provokateur gilt nun vielfach als diskursfähig, sein Milieu wähnt sich schon im Siegesrausch. Tatsächlich wären noch vor wenigen Jahren Sätze aus der aktuellen „Sezession“ wie „Irgendwo im Herzen jedes Deutschen liegt ein Stahlhelm herum“ als Stilblüte eines beschwipsten Burschenschaftlers verlacht worden. Doch gegenwärtig finden sich zuvor in dem Heft erhobene Forderungen in den aktuellen Programmen der AfD wieder. Im Mai 2013 veröffentlichte die Zeitschrift im Sonderheft „Alternativen für Deutschland“ ein „Politisches Minimalprogramm“. Darin die Forderung: „die Lehrpläne der Schulen von gesellschaftszerstörendem Gedankengut zu befreien“. Ebenso sei die „finanzielle Förderung linker Ideologieproduktion“ zu beenden. Nicht nur in Martin Renners Hetz-Tirade gegen die „Umerziehung“, sondern auch in den Wahlprogrammen für 2017 klingt dies als Echo nach. Die AfD im Saarland will dort beispielsweise die Arbeitskammer und die Landeszentrale für politische Bildung abschaffen. Offenbar waren diese Institutionen den AfDlern zu kritisch. Auch die „Förderung der Gender-Forschung“ müsse beendet werden, heißt es im Grundsatzprogramm der Bundespartei wie in den Programmen auf Landesebene. Die von der AfD geforderte „Freiheit von Forschung und Lehre“ hört an den Grenzen ihres „gesunden Menschenverstandes“ auf.

Kulturkampf

Rechte Ideologie prägt die Programmatik der AfD. Während die Bundessprecherin Frauke Petry den Begriff „völkisch“ rehabilitieren will, kämpfen andere Parteimitglieder immer noch gegen die „Frankfurter Schule“. Die gesellschaftspolitische Liberalisierung der Bundesrepublik, wie sie heute beispielsweise in der zaghaften Anerkennung der Einwanderungsgesellschaft zum Ausdruck kommt, soll gestoppt werden. Dagegen hatten schon die Vordenker der Neuen Rechten einen Kulturkampf geführt. „An Liberalismus gehen die Völker zugrunde“, schrieb Moeller van den Bruck Anfang der 1920er-Jahre. Und 2017 reden wichtige Teile der AfD einer Renaissance „konservativ-revolutionärer“ Positionen das Wort.

Richard Gebhardt,
freier Autor und politischer Bildner

Rechtes Weltbild grenzt aus

// Rechtspopulismus als Gefahr für Demokratie und Chancengleichheit: Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung und ein Sammelband der Bertelsmann Stiftung kommen zu ähnlichen Ergebnissen. //

Im Vergleich zu 2002 sind negative Meinungen über Homosexuelle, Behinderte oder Sinti und Roma in Deutschland rückläufig. Auch der klassische Antisemitismus ging leicht zurück. Das ist der positive Teil der Ende November 2016 veröffentlichten Studie „Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände“*, die das Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Uni Bielefeld im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) erstellt hat.

Ein entwarnendes Signal geben die Befunde, die unter Leitung des Sozialwissenschaftlers Andreas Zick ermittelt wurden, allerdings nicht. Schließlich sind abwertende Einstellungen in der Bevölkerung nicht verschwunden, sondern treten lediglich subtiler oder in anderer Form in Erscheinung. Statt der klassischen rechtsextremen Argumentationsmuster hat sich in den vergangenen Monaten eine nationalistisch-völkische Ideologie breitgemacht. „Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und ‚Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit‘ – der Begriff stammt von dem Gewaltforscher Wilhelm Heitmeyer** – kann man sich wie konzentrische Kreise vorstellen – mit Schnittmengen an den Rändern“, sagt Ralf Melzer, Herausgeber der FES-Untersuchung. Der klassische Rechtsextremismus mache zusehends einem vermeintlich modernisierten Rechtspopulismus Platz, dessen Themen sich zum Teil aus neurechten Ideologien speisen. Statt über „Rassen“ werde über eine „kulturelle Identität“ der Völker gesprochen, die es z. B. vor Zuwanderung zu bewahren gilt. Auch klassische rechtsextreme Positionen wie das Befürworten einer Diktatur oder das Verharmlosen der NS-Zeit haben sich politisch verschoben und sind „anschlussfähigeren“ Formen der Ausgrenzung gewichen. Die „Fremden“, die „Altparteien“, die „Europäische Union“ oder die „Lügenpresse“ sind nun die neuen Feindbilder, denen besonders die Sympathisanten der Alternative für Deutschland (AfD) anhängen. Die stimmen mit beachtlichen Quoten fremden- (68 Prozent), muslim- und asylfeindlichen (64 bzw. 88 Prozent) Vorurteilen zu. Die AfD-Klientel habe sich „seit der letzten Studie 2014 nochmals radikalisiert“, bestätigt Melzer. Antimuslimische Gesinnungen (19 Prozent) und die Zustimmung zu ablehnenden und abwertenden Haltungen gegenüber asylsuchenden Menschen haben allerdings auch in der gesamten Gesellschaft zugenommen. Letztere stiegen von 44 Prozent in 2014 auf 50 in 2016.

Verschwörungsmythen

Parallel dazu haben sich die diversen antidemokratischen Ansichten mittlerweile bei vielen AfD-Sympathisanten zu einem geschlossenen Weltbild verbunden. „Verschwörungsmythen in Bezug auf eine vermeintliche Unterwanderung durch den Islam, die Behauptung eines Meinungsdiktats, eine Beschimpfung des ‚Establishments‘ als ‚illegitim‘, ‚verlogen‘ und ‚betrügerisch‘, die Forderung ‚nationaler Rückbesinnung‘ gegenüber der Europäischen Union und der Aufruf zum ‚Widerstand‘ gegen die aktuelle Politik der Bundesregierung bilden ein zusammenhängendes neurechtes Denkmuster, das von fast 28 Prozent der Bevölkerung vertreten wird“, heißt es in der FES-Studie.

Weiterhin ungebrochen ist aber ebenso die Hilfsbereitschaft der gesellschaftlichen Mehrheit: „Die Bevölkerung wird in ihrer grundsätzlichen positiven Grundhaltung, ihrer Gelassenheit und ihrer Bereitschaft zum Engagement für Geflüchtete unterschätzt.“ Das Flüchtlings-Thema stehe stellvertretend für die gespaltene Gesellschaft, die mehrheitlich Weltoffenheit, Toleranz und Gleichwertigkeit will – und eine starke, vor allem lautstarke Minderheit, die Abschottung und Abgrenzung fordert. Eine „wachsende Polarisierung der Gesellschaft, in der die beiden Teile einander nichts mehr zu sagen haben“, resümieren die FES-Autoren.

Wie die Untersuchung der Ebert-Stiftung konstatiert auch der im vergangenen Juni von der Bertelsmann Stiftung veröffentlichte Sammelband „Vielfalt

Gelbe Hand

1986 riefen das Gewerkschaftsmagazin „ran“ und die DGB-Jugend die Aktion „Mach meinen Kumpel nicht an!“ ins Leben. Die „Gelbe Hand“ wurde von der französischen Bewegung „SOS racisme“ übernommen, die sich dem Front National entgegenstellte. 2016 feierte die „Gelbe Hand“, die gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz vorgeht, 30-jähriges Jubiläum. Weitere Infos: www.gelbehand.de

Schule ohne Rassismus

„Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ ist ein Projekt von und für Schülerinnen und Schüler. In Schulen, die sich dem bundesweit größten Netzwerk – fast 2 300 Schulen zählen dazu – anschließen, verpflichten sich mindestens 70 Prozent aller an diesen Schulen Tätigen, aktiv gegen Diskriminierung in ihrer Einrichtung vorzugehen.

2016 gab die Initiative das Themenheft „Rechtspopulismus“ für den Unterricht heraus. Es kostet 4,95 Euro. Zu bestellen über: www.schule-ohne-rassismus.org/materialien/publikationen

Fotos: dpa

Gespaltene Gesellschaft: Menschen, die in der Flüchtlingshilfe aktiv sind (Foto links), stehen für Werte wie Weltoffenheit, Toleranz und Gleichwertigkeit – die neue Rechte definiert sich über Abgrenzung (Foto rechts) und Misstrauen etwa gegenüber der parlamentarischen Demokratie und den Medien. Beide Pole haben sich nichts mehr zu sagen. Zu diesem Ergebnis kommen zwei neue Studien zum Thema Rechtspopulismus.

statt Abgrenzung“*** eine wachsende gesellschaftliche Spaltung, die in mehreren Aufsätzen beleuchtet wird: „Die Flüchtenden kommen in ein Land, das seit der Jahrtausendwende widerstrebend, aber doch unaufhaltsam ein recht pragmatisches Verständnis von sich selbst als Einwanderungsland entwickelt hat“, heißt es im Vorwort. Das gesellschaftliche Schisma verlaufe dementsprechend zwischen den Polen „Pegida“ und „Willkommenskultur“.

Der Journalist Patrick Gensing, einer der Autoren der Bertelsmann-Schrift, untersucht die Agitation der Rechtspopulisten und beschreibt „das Aufkommen einer rechten Bewegung“ aus einer parlamentarischen Vertretung und „einer rechten außerparlamentarischen Opposition“. Hier hätten sowohl die NPD als auch Neonazi-Organisationen wie der „Dritte Weg“ oder „Die Rechte“ ideologische Vorarbeit geleistet und ein Klima geschaffen, in dem die auch von der FES konstatierte steigende Gewaltbereitschaft gedeihen kann. (Das Bundeskriminalamt zählte in 2015 mehr als 1 000 Angriffe gegen Flüchtlingsheime – fünfmal so viele wie im Vorjahr). Wie Melzer („Sarrazin hat dieses undemokratische Denken salonfähig gemacht“) sieht auch Gensing den Berliner SPD-Politiker Thilo Sarrazin und dessen Buch „Deutschland schafft sich ab“ (2010) als Türöffner einer rechtspopulistischen Welle, auf der z. B. auch das Querfront-Magazin „Compact“, die „Junge Freiheit“ oder Autoren wie der jetzt verstorbene Udo Ulfkotte („Gekaufte Journalisten“) mitreiten. „Der zivilisatorische Konsens, wonach allen Menschen gleiche Grundrechte zustehen, löst sich teilweise auf“, hält Melzer fest.

FreundFeindDenken

Ein anderer Autor des Sammelbandes, Hans Vorländer, beschreibt den kleinsten gemeinsamen Nenner der heterogenen Bewegung von rechts: „Sie wird zusammengehalten durch einen Minimalkonsens, der sich ausschließlich durch Abgrenzung definiert: ‚gegen geflüchtete Menschen‘ sowie ‚gegen gleiche Rechte für alle‘. Man misstraut massiv der parlamentarischen Demokratie sowie den etablierten Medien.“ Vorländer sieht Rechtspopulismus folgerichtig sowohl als politische Kommunikationsform als auch als Einstellungsmuster, auf die auch Denis van de Wetering („Rechtspopulistische Gegenwelt“) eingeht. De Wetering weist darauf hin, dass AfD, Pegida und Co. die demokratische Diskussion als offenen Wettkampf der Argumente durch ein starres Freund-Feind-Denken ersetzt hätten.

Dennoch: Wie die FES-Studie schließt auch der Bertelsmann-Band mit einer durchaus optimistischen Einordnung, die dem Rechtspopulismus die stabile demokratische Grundorientierung der Mehrheitsgesellschaft gegenüberstellt: „Die Vielzahl der spontanen Hilfsaktionen für die ankommenden Flüchtlinge, die selbst organisierte Vernetzung und der Aufbau effizienter ehrenamtlicher Strukturen sind als zivilgesellschaftliches Phänomen noch gar nicht ausreichend gewürdigt und erforscht.“

Christoph Ruf,
freier Journalist

***Andreas Zick/Beate Küpper/Daniela Krause: Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016, für die FES hrsg. von Ralf Melzer; Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2016**

****Seit 2002 erforscht das Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Uni Bielefeld, mit den von Wilhelm Heitmeyer entwickelten Parametern, wie stark rassistische, homophobe und andere abwertende Einstellungen in der Gesellschaft verbreitet sind.**

*****Bertelsmann Stiftung (Hg.): „Vielfalt statt Abgrenzung – Wohin steuert Deutschland in der Auseinandersetzung um Flüchtlinge und Einwanderung?“ Bielefeld 2016**

„Wertschätzung und Positionierung“

// Franz-Josef Krafeld war von 1979 bis 2012 Professor für Erziehungswissenschaften an der Hochschule Bremen. Seine Ansätze zur akzeptierenden Sozialarbeit mit rechten Jugendlichen wurden viel diskutiert, kritisiert und weiterentwickelt. //

E&W: Herr Krafeld, Sie gelten als Vater der akzeptierenden Sozialarbeit mit rechten Jugendlichen in den 1990ern: Was empfehlen Sie Lehrkräften und Pädagoginnen, deren Schüler sich auf Facebook, in sozialen Netzwerken oder im Unterricht rassistisch äußern und gegen Flüchtlinge hetzen?

Franz-Josef Krafeld: Erst einmal muss versucht werden, den Schüler oder die Jugendliche zu verstehen – und darüber das Gespräch zu suchen. Auf Augenhöhe. Beurteilen oder Verurteilen verschließt eher Zugänge. Ich würde immer versuchen, im Dialog zu hinterfragen, warum die Person diese Ansichten hat. Und mich dabei selbst klar positionieren. Dadurch baue ich eine Beziehung zu dem Schüler oder der Schülerin auf und schaffe so eine Grundlage, dass diese leichter meine Sichtweise als Lehrperson hören und auch verstehen wollen.

E&W: Bedeutet diese Position im Zweifel, die eigenen Werte und Normen zu verleugnen?

Krafeld: Nein, ganz im Gegenteil. Es ist enorm wichtig, gegenüber den Jugendlichen und jungen Erwachsenen die eigenen Grundhaltungen klar zu machen und deutlich auszusprechen. Aber als meine! Das heißt nicht, auf jeden dummen Spruch sofort zu reagieren. Entscheidend zum Aufbau einer Beziehung ist gerade die Kopplung von Wertschätzung und klarem Positionieren – ohne opportunistisches Schönreden.

E&W: Wie weit soll die Akzeptanz gehen?

Krafeld: Die akzeptierende Arbeit bringe ich in Gesprächen mit Lehrenden in jüngster Zeit immer so auf den Punkt: Es geht nicht darum, auf Anstößigkeiten zu reagieren, sondern anstößige junge Menschen zu unterstützen, ihre Schwierigkeiten zu bewältigen und aus ihrem Leben möglichst viel zu machen. Dahinter steht der Optimismus, dass sie dann irgendwann – wenn natürlich auch nicht alle – „aussteigen“. Gerade im Umgang mit diesen jungen Menschen ist Erziehung ist erster Linie Beziehung. Und dafür ist in der Schule leider oft viel zu wenig Platz. Ich möchte gerade Kolleginnen und Kollegen ermuntern, mehr auf Schülerinnen und Schüler einzugehen und dem Stoffdruck weniger nachzugeben. Ich halte es da mit Ruth Cohn und ihrem systemischen Ansatz: Störungen haben Vorrang – und nicht der Lehrstoff.

Foto: imago

Voraussetzung für den Dialog mit jungen, rechtsorientierten Menschen ist der Versuch, diese zu verstehen. Das ist die Grundlage, die Positionen der Jugendlichen zu hinterfragen und ihre Köpfe für die Sicht der Lehrenden zu öffnen.

E&W: Was genau bedeutet für Sie „anstößig“, wenn es um Jugendliche geht, die sich etwa antisemitisch, rassistisch oder homophob gegenüber Mitschülern äußern?

Krafeld: Ich spreche von anstößigen Jugendlichen, um die permanente Auseinandersetzung zu betonen, was wer als anstößig empfindet. Das ist sehr unterschiedlich. Aber die entscheidende Grenze bringt der Begriff „Menschenfeindlichkeit“ des Pädagogen Wilhelm Heitmeyer am besten auf den Punkt. Mit menschenfeindlichen Grundhaltungen wachsen etliche Kinder und Jugendliche ja auf und kommen damit dann in die Schulen und andere pädagogische Einrichtungen. Wenn auf deren Abwertung anderer Menschen geradezu spiegelbildlich abwertend reagiert wird, statt auch sie als Personen zu respektieren und wertzuschätzen, dann verpasse ich die Einforderung von Aufmerksamkeit.

E&W: Wo ziehen Sie Grenzen?

Krafeld: Bei personenbezogenen Straftaten gibt es eine große Verpflichtung, sofort zu reagieren und zu intervenieren. Zentral finde ich aber, zwischen Meinungsfreiheit und Taten zu unterschieden. Für Straftaten – wie Beleidigung, Bedrohung, Verleumdung oder Hetze – gibt es zum Glück klare Regeln in unserem Strafrecht. Allerdings fokussiert das den Blick auf die Täter. Über

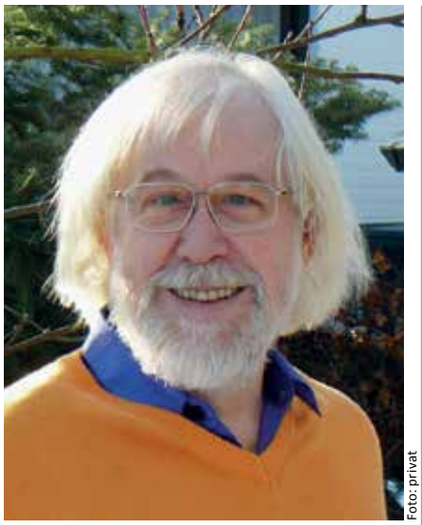


Foto: privat

Prof. Franz-Josef Krafeld

die Opfer wird oft weggeguckt. Schule als sozialer Raum hat vielfältige Möglichkeiten, zwischen Lehrenden und Lernenden, Opfern und Tätern gemeinsam respektierenden Umgang zu entfalten. Wir müssen uns dabei dann auch auf die Vielfalt der Beschreibungen einlassen – jemanden nur als Opfer oder nur als Täter zu sehen, hilft oft nicht weiter. Auch bei scheinbar eindeutigen Situationen ins gegenseitig zuhörende Gespräch zu kommen – das ist oft extrem wichtig.

E&W: Häufig sind aber gerade bei Beleidigungen und Abwertungen die Übergänge fließend und die Trennlinien nicht klar zu erkennen.

Krafeld: Da müssen Schüler und Lehrkräfte gemeinsame Regeln und einen gemeinsamen Umgang finden. Diese Regeln zu erarbeiten, ist ein gemeinsamer Prozess. Die Anstöße dazu kommen jedoch in aller Regel von Einzelnen, die den Mut haben, Gewohnheiten und den Mainstream zu hinterfragen.

E&W: Oft ist der erste Reflex, nicht darüber zu sprechen oder das Geschehene erst einmal als nicht so gravierend anzusehen. Was passiert dann Ihrer Erfahrung nach?

Krafeld: Ich finde es falsch, so zu tun, als hätte man z. B. eine Beleidigung nicht gehört. Gleichzeitig gehe ich davon aus, dass jeder Äußerung irgendwelche Elemente subjektiver Erfahrung innewohnen, die für diese Person relevant sind. Mit pauschaler Verurteilung vergibt man sich die Chance, nachzuforschen, wie die Schülerinnen und Schüler zu ihren Positionen gekommen sind. Es liegen Welten zwischen der Wirkung eines „Ich finde das zum Kotzen“ und „Das darf man nicht sagen“. Das eine fordert Auseinandersetzung heraus, das andere blockiert sie.

E&W: Wie begegnet man Schülern, die beispielsweise rechtspopulistische Schlagworte wie vermeintliche „Denkverbote“ oder „Diktatur der politischen Korrektheit“ aufgreifen und in Diskussionen gegen Lehrkräfte und Mitschüler in Stellung bringen?

Krafeld: Rechte Positionen sind immer dann stark, wenn sie irgendwo einen Kern subjektiver Wahrheit oder Empfindungen aufgreifen. Das lässt sich ziemlich gut am Begriff „Lügenpresse“ deutlich machen. Es handelt sich um einen Kampfbegriff von Rechts, um etablierte Medien zu diskreditieren – und die eigenen Medien zu stärken, die Teil einer extrem rechten Parallelwelt und -realität sind. Dennoch gibt es seit den 1960er-Jahren eine sehr berechtigte Diskussion darüber, dass Medien Meinung manipulieren. Wenn man also mit Schülerinnen und Schülern über den Begriff „Lügenpresse“ spricht, muss man differenziert, ohne Schwarz-Weiß-Bilder arbeiten und den jungen Menschen auch zutrauen, dass sie Differenzierungen und Grautöne aushalten, ja, sogar zunehmend spannend finden.

Heike Kleffner,
freie Journalistin

www.franz-josef-krafeld.de

Was ist Rechtspopulismus?

Der Begriff „Rechtspopulismus“ hat Konjunktur – kaum eine Nachrichtensendung kommt derzeit ohne ihn aus. Dabei verliert er allerdings zunehmend an Trennschärfe. So ist die NPD, auch wenn sie wie alle Parteien am rechten Rand mit populistischen Elementen arbeitet, beispielsweise eine Partei, für die der Begriff „rechtsextrem“ deutlich besser passt, weil sie in Teilen dem Nationalsozialismus nahesteht. Hingegen wird die AfD zu Recht als „rechtspopulistisch“ bezeichnet – wie die meisten Parteien, mit denen sie im Europaparlament eine Fraktionsgemeinschaft bildet. Hierzu zählen der Vlaams Belang (Belgien), der Front National (Frankreich), die Lega Nord (Italien), die FPÖ (Österreich) oder die niederländische „Partij voor de Vrijheid“.

„Populismus“ steht alltagssprachlich für eine Rhetorik, die darauf ausgerichtet ist, Applaus zu erzielen. Sie nimmt dabei billigend in Kauf, zu vereinfachen und Fakten unter den Tisch fallen zu lassen („dem Volk nach dem Mund reden“). Wissenschaftlich ist der Begriff präziser gefasst. Als Agitation, die die „wahren“ Interessen der (behaupteten) Bevölkerungsmehrheit gegenüber den – wie auch immer definierten – Eliten vertritt. Die „Anti-Establishment-Orientierung“ des Rechtspopulismus hat klare Feindbilder: Sie grenzt sich gegen „links-versiffte Politiker“, „Kuscheljustiz“, „Lügenpresse“ oder „Systemmedien“ ab. Interessengegensätze werden negiert. Stattdessen gehen AfD, Pegida und Co. von der Fiktion eines einheitlichen Volkswillens aus, wobei sie selbst definieren, wer zum Volk gehört und wer nicht. So sind u. a. alle Bevölkerungsgruppen, die ethnischen, sexuellen oder politischen Minderheiten angehören, nicht „das Volk“.

Einig sind sich die rechtspopulistischen Parteien Europas in ihrer Ablehnung der Europäischen Union, des Islam und der pluralistischen Gesellschaft. „1968“ ist für sie eine Chiffre für den unheilvollen Wendepunkt der Geschichte. In Deutschland orientiert sich die AfD stark an den anti-liberalen Idealen der Konservativen Revolution. Auch hierdurch entsteht eine gewisse Anschlussfähigkeit an den rechten Rand der CDU/CSU und an intellektuelle Kreise, die der klassische Rechtsextremismus mit seiner plumperen Agitation kaum erreichen kann.

Christoph Ruf, freier Journalist

„Erschreckend“

(E&W 10/2016, Seite 46, Leserforum: „Ohne Wenn und Aber“ und „Gleichheitsgrundsatz?“

Ausgehend von der Zahl der Abdrucke von Leserbriefen ist es bemerkenswert, wie groß die Zahl der kritischen Zuschriften zum Themenkomplex Flüchtlinge sein muss, die die GEW erhält. Erschreckend ist, welche Meinungen und Arten der Argumentation hier teilweise offenbar werden. Beispielhaft zwei Leserbriefe. Man liest in einem der Schreiben zum Integrationsthema, man müsse „dazu gehören wollen“, von Akzeptanz unserer Werte und unserem Grundgesetz als Maßstab im Gegensatz zu Koran und Scharia. Ganz so, als ob die große Mehrheit der Flüchtlinge, v. a. diejenigen, die langfristig bei uns bleiben werden, das nicht ganz genauso sehen würde. Ganz so, als ob irgendein vernünftiger Mensch bestreiten würde, dass es auch bei den Neuankömmlingen großer Anstrengungsbereitschaft bedarf und ausschließlich unsere Gesetze Basis allen Handelns sein dürfen. Oder hat der Verfasser hier andere Informationen? Einen Gegenbeweis bleibt er schuldig. Gefühlte Wahrheit lässt grüßen. Sehr ähnlich der zweite Leserbrief. Es geht um einen Arbeitslosen, der angeblich wegen Diebstahls zu einer überharten Strafe verurteilt wurde. Der Bezug zu einem E&W-Artikel zur Asylthematik und die Frage zum Gleichheitsgrundsatz legen den Ton offen: Asylbewerber würden mit Samthandschuhen angefasst, notleidende Deutsche hart verurteilt. Ein über zehn Jahre alter Vorfall aus dem Jahre 2006 muss für dieses Narrativ herhalten. Geflissentlich wird unterschlagen, dass es sich aufgrund der Gewaltanwendung mitnichten um einfachen, sondern um räuberischen Diebstahl handelte, nachzulesen bspw. auf den Seiten von n-tv.de. Die für dieses Delikt vorgesehene Mindeststrafe (!) von einem Jahr wurde sogar wegen der Annahme eines minderschweren Falles halbiert und zur Bewährung ausgesetzt! Willkommen in der Welt des Postfaktischen. Auch gebildete Menschen, die als Erzieher oder Lehrer arbeiten, sind davor nicht gefeit.

Jakob Ebeling, Leipzig

„Ideologische Befriedigung“

(E&W, z. B. 11/2016, Seite 36 f.: „Jeder muss Toleranz üben“)

Ich habe mir schon viel Schreibarbeit gemacht und versucht, die Zeitschrift E&W von ihrem teilweise einseitigen und ideologischen Weg etwas abzubringen. Als wesentliches Politorgan der GEW driftet die E&W immer wieder peinlich ab und ignoriert viele Beitragszahler, wohl zur eigenen ideologischen Befriedigung, mit irgendwelchen kindischen Mätzchen, oft mit lächerlichen Themen, aber mit linientreuen oder fanatischen Interview-Partnern. Offensichtlich triumphiert dann bei einigen Schreiberlingen die fanatische Gesinnung über die Urteilskraft. Manches Gelaber in der E&W wird frühestens dann gut werden, wenn ein natürlich begabter Arbeiter dies für lesbar halten würde. Wichtigere Themen werden aber bewusst ausgespart, trotz der Aufforderung, z. B. über „Reformen“ allein aus ideologischen Gründen, Gewalt gegen Lehrkräfte in den Schulen, linke und rechte Gewalt, Scharia und Rassismus zu berichten. Alle möglichen Grüppchen werden gratis bedacht und hofiert, nur nicht die Beitragszahler mit den höchsten Beiträgen. Die dienen wohl nur als Melkkuh. Einzelne Redakteure bestimmen wohl, dass bestimmte Urteile sich quasi als neue „öffentliche Meinung“ etablieren sollen. Eine solche öffentliche Meinung ist aber auch z. B. nach Hannah Arendt „in Wahrheit der Tod aller Meinungen und Meinungsbildung“.

Da hilft dann leider nur noch die Abstimmung mit den Füßen, wie in totalitären Systemen.

Alfred Schäfer, Schopfheim

„Hoffnungsschimmer“

(E&W 12/2016, Seite 2: „Zwei große Irrtümer“)

Vielen Dank für diesen wichtigen Gastkommentar gleich auf Seite 2! Storz spricht zu Recht den Mangel an pluralistischen Wirtschaftswissenschaften an. Ein Ausdruck dessen ist der Entschluss der letzten Landesregierung in Baden-Württemberg, Wirtschaft zu einem eigenständigen Fach zu erheben und es damit aus dem Kontext von Geografie und Gemeinschaftskunde zu lösen. Wirtschaft ohne Gesellschaft zu denken, ist reduktionistisch und theoretisch verkürzt und ein weiterer Ausdruck der Dominanz eines neoliberalen Diskurses, der Märkte, nicht Menschen ins Zentrum der Betrachtungen stellt. Anstatt selbstbewusst eine Bildungspolitik zu betreiben, die die Kontroverse sucht und zur Reflexion traditioneller Verständnisse von Wirtschaft ermutigt, folgt man den Marktschreiern, die auf unmittelbare Verwertbarkeit von Wissen im Alltag drängen und sich bemühen, Bildung warenförmig so zu gestalten, dass junge Menschen zu Teilnehmerinnen und Teilnehmern am Markt, nicht aber zu mündigen Bürgern werden.

Einen Hoffnungsschimmer gibt es dennoch: An der Uni Siegen gibt es seit neuestem einen Master „Plurale Ökonomik“, die z. B. postwachstumsökonomische Theorien in den Blick nimmt. Vielleicht kann man ja von dort mal eine Referentin in seinen Wirtschaftsunterricht einladen?

David Weineck, Villingen-Schwenningen

„Extrem überheblich“

(E&W 12/2016, Seite 46, Leserforum: „Falsches Beispiel“)

Die Aussagen des Herrn Ingrisch in seinem Leserbrief finde ich extrem überheblich. Ein zweites Staatsexamen macht noch keinen guten Lehrer. Ich unterrichte seit sechs Jahren als Seiteneinsteiger (mit Promotion) Physik und Chemie. Mein Unterricht ist genauso gut wie der „richtiger“ Lehrer. Wenn ich meinen mit dem Unterricht von Kollegen vergleiche, sehe ich keinen Unterschied, weder im Inhalt noch in der Didaktik. Im Referendariat geht es doch nur um das Einüben von Vorführstunden. Das, was manche Referendare dann in den Prüfungsstunden veranstalten, hat mit dem realen Unterricht wenig zu tun.

Aber Herr Ingrisch ist mit seiner Meinung leider nicht allein. Ich wurde schon öfter von „Kollegen und Kolleginnen“ gemobbt, die sich für etwas Besseres hielten. Auch wenn sie von Chemie und Physik keine Ahnung hatten und meinen Unterricht gar nicht kannten.

Die Bezeichnung „Berufsstand“ ist sicherlich ziemlich überholt und entspricht

eher einer Berufsauffassung der 1950er-Jahre.Es tut den Schulen gut, wenn es dort auch Lehrer gibt, die auch noch was vom „richtigen“ Leben mitbekommen haben – und nicht nur Uni und Schule.
Karl-Heinz Sobanski, Kamen

„Berufsstand geht nicht unter“

Der Leserbrief des Schulleiters i. R. Edgar Ingrisch zeigt, wie tief der Graben zwischen Seiteneinsteigern und Lehrkräften mit zweitem Staatsexamen offenbar teilweise ist. Während der Seiteneinsteiger und seit mehreren Jahren als Lehrkraft beschäftigte Uwe Feder in einem Interview (E&W 10/2016, Seite 32 f., „Arbeitslos im Sommer“) auf Gehaltsausfall in den Sommerferien und Unsicherheit aufgrund befristeter Arbeitsverträge hinweist, kritisiert Ingrisch die E&W-Redaktion heftig: Feder sei das falsche Beispiel, der Biologie- und Sportlehrer verfüge nicht über die notwendige Qualifikation. Ihn unbefristet zu beschäftigen, sei ein Schlag ins Gesicht aller Kollegen mit zweitem Staatsexamen. Schließlich fordert er von „seiner GEW“ den Schutz seines Berufsstandes. Auch ich bin Seiteneinsteiger und seit vielen Jahren als Lehrkraft tätig. Ich finde es richtig und mutig, dass die E&W-Redaktion das Interview abgedruckt hat. Und ich kann die Gefühle des Biologie- und Sportlehrers sehr gut nachempfinden, wenn dieser von mangelnder Fürsorge seines Arbeitgebers spricht und auch von seinem Eindruck berichtet, dass Seiteneinsteiger nicht wirklich gewollt seien.

Es ist endlich Zeit, erfolgreiche und bewährte Seiteneinsteiger voll und ganz zu akzeptieren. Statt Ignoranz und Abschottung sind Integration und Kollegialität angesagt. Dazu gehört auch, ihnen das Sommergehalt und eine Entfristung zu gönnen! Der Berufsstand der Lehrer wird deswegen nicht untergehen.
Jürgen Kotschenreuther, Kelkheim

„Mehr Gerechtigkeit“

(E&W 12/2016, Seite 46, Leserforum: „Wohin mit der Wut?“)

Mir geht es noch schlechter als der Kollegin, die an der Grundschule arbeitet und sich in der Besoldungsgruppe A11 befindet. Als Seiteneinsteigerin mit einem osteuropäischen Migrationshintergrund und einem deutschen Ingenieurdiplom (FH) durfte ich „nur“ eine pädagogische Einführung absolvieren. Das ist der Grund, warum ich nicht mal verbeamtet wurde. Ich arbeite an einer Gesamtschule mit einem sehr hohen Migrantenanteil und unterrichte sage und schreibe acht Fächer (in einem Schuljahr üblicherweise fünf bis sechs verschiedene Fächer), bekomme aber nur ein einziges Fach bezahlt: Entgeltgruppe 10 des Tarifvertrages der Länder! Ich denke, dass ich zu den ganz wenigen Kollegen gehöre, die bereit sind, so ein großes Spektrum der Fächer abzudecken und bin die am schlechtesten bezahlte Lehrerin unserer Gesamtschule. Ich sehne mich nach mehr Gerechtigkeit und gleicher Bezahlung bei gleicher Leistung und Arbeit!
Monika Hagen-Dittmarová, NRW

„Nüchterne Betrachtung“

Jetzt erreicht das Wutbürgertum schon die GEW! Bei nüchterner Betrachtung gibt es zur Wut von Frau Liebenrodt keinen Anlass, da der Erwerb der Befähigung für das Lehramt an Grundschulen gesetzlich geregelt ist. Voraussetzun-

>> Fortsetzung auf Seite 44

Ihre Anzeige in der
E&W Erziehung und Wissenschaft
www.erziehungundwissenschaft.de
oder rufen Sie uns an:
0201 84300-31

Klassenfahrten Versailles
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
versailles@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

www.schulorganisation.com
Dokumentation · Organisation
Rechtssicherheit täglich

Eine kleine Anzeige.
Für eine große Tat. Werden Sie Lebensspender.
Kämpfen Sie mit uns gegen Blutkrebs. Lassen Sie sich jetzt als Stammzellspender registrieren. Alle Infos zur Stammzellspende finden Sie unter **www.dkms.de**
DKMS Wir besiegen Blutkrebs. DKMS Deutsche Knochenmarkspenderdatei gGmbH

Exklusive Kultur-Leserreisen
Musik und Literatur an besonderen Orten erleben
www.gew.de/Verlagsreisen

>> Fortsetzung von Seite 43

gen sind das Abitur (das für die Ausbildung zum Unterstufenlehrer in der DDR nicht erforderlich war), ein wissenschaftliches Hochschulstudium auf universitärem Niveau (dem die Institute für Lehrerbildung der DDR nicht zugeordnet werden), die erfolgreiche Ablegung der ersten und zweiten Staatsprüfung. Diesen Anforderungen genügt die Ausbildung zum Unterstufenlehrer nicht.
Außerdem war Marxismus-Leninismus ein wesentlicher Bestandteil der Lehre mit 282 Gesamtstunden und 99 Stunden in „Geschichte der DDR“, aber nur 243 Stunden in Pädagogik.*
Der Einigungsvertrag brachte für Absolventen dieser Ausbildungsgänge in Ostdeutschland einige Vorteile; in den westlichen Bundesländern werden sie überwiegend als Erzieher anerkannt. Hier wurden Lehrer mit einer (jetzt veralteten) Fachschulausbildung in Sport, Werken, Hauswirtschaft etc. auch in A11 eingestuft. Frau Liebenrodt, bevorzugen Sie die Zufriedenheit!

Evelyn Wilke, Dortmund

*Quelle: Studienplan für die Ausbildung von Lehrern für die unteren Klassen und Freundschaftspionierleiter an Instituten für Lehrerbildung der DDR, Berlin 1987

Forderung zu niedrig

(E&W 1/2017, Seite 2: „Kräftige Lohnerhöhung!“)

Wenn ich lese, „dass gerade jetzt die richtige Zeit für eine kräftige Lohnerhöhung“ ist, dann gebe ich diesem Kommentar recht.

Unrecht finde ich aber, dass schon vor Beginn der Verhandlungen feststeht, dass diese sechs Prozent Lohnerhöhung wieder aufgesplittet werden. Genau an diesem Punkt kann dann schon nicht mehr von einer kräftigen Lohnerhöhung gesprochen werden. Sehen wir uns doch mal die Entwicklung in der Stadt an: jährliche Mieterhöhungen, steigende Preise bei den öffentlichen Verkehrsmitteln, Lebensmittel werden teurer etc … Letztendlich läuft es wieder mal darauf hinaus, dass wir uns mit der geplanten Lohnerhöhung alles leisten können wie bisher. Um aber mal zu sparen, stehen wir wieder an dem Punkt, jeden Cent einzeln umzudrehen. Zum Vergleich des letzten Streikergebnisses, was ach so toll ausgefallen ist, wird es eventuell wieder darauf hinauslaufen, auf die Straße zu gehen, um auch dieses Mal „lukrative“ Ergebnisse zu erzielen. Wie lange wird es dann dauern, um wieder in die Verhandlungen zu gehen und Ungerechtigkeit mit einem kleinen Puffer Lohnerhöhung und somit etwas Genugtuung für den Arbeitnehmer zu erwirken, damit er die Schnauze hält und schön brav weiter arbeitet. In Zeiten von Mehrarbeit für Lehrkräfte sowie Erzieherinnen und Erzieher, Inklusion und Integrationsarbeit von Flüchtlingen, Zeiten, in denen sich der Staat kaputt spart. Dazu fallen mir nur Diätenerhöhungen von Politikern ein. Da werden dann mal kurzerhand so zwei- bis dreihundert Euro plus von einem zum anderen Tag genehmigt … Aus diesen Gründen wäre es nur folgerichtig, in die Verhandlungen zu gehen mit dem Ziel, sechs Prozent Lohnerhöhung auf einmal zu holen – und uns nicht wie immer dumm dastehen zu lassen! Dafür wäre ich bereit, auch Monate auf die Straße zu gehen, um diese Ungerechtigkeiten mal klar zu stellen.

Erik Voß, Berlin

E&W-Briefkasten
Postanschrift der Redaktion:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M.
E-Mail: katja.wenzel@gew.de

Internationale Wochen gegen Rassismus

STIFTUNG für die Internationalen Wochen GEGEN RASSISMUS

// **Die GEW ruft alle Kolleginnen und Kollegen an den Bildungseinrichtungen auf, sich vom 13. bis 26. März an den Internationalen Wochen gegen Rassismus zu beteiligen. Diese bieten eine gute Gelegenheit, um zu zeigen: Wir schützen die Würde aller Menschen!** //

Nationalistische und rechtspopulistische Bewegungen erstarken, rassistische Hetze und Gewalttaten nehmen zu. Deshalb müssen rassismuskritische Stimmen und Positionen hör- und sichtbarer werden, die sich solidarisch für die Unantastbarkeit der Menschenwürde einsetzen.
Die GEW ist Kooperationspartnerin der Internationalen Wochen gegen Rassismus. Sie ruft alle Kolleginnen und Kollegen auf, rassistische Einstellungen und Handlungen sowie antidemokratische Tendenzen in der Gesellschaft nicht hinzunehmen und sich mit Veranstaltungen an den Aktionswochen zu beteiligen.
Anlässe gibt es genug. Die Möglichkeiten, zusammen gegen Rassismus aktiv zu werden, sind vielfältig – in der Bildungsarbeit mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, in gewerkschaftlichen Projekten und Bündnissen, durch die Organisation von Vorträgen, Lesungen, Film-, Musik- oder Theaterevents oder kleinen Aktionen.

Elina Stock,
Referentin im Bereich Vorsitzende,
GEW-Hauptvorstand

Weitere Informationen und Materialien gibt es unter: www.internationale-wochen-gegen-rassismus.de und www.gew.de/antirassismus

RECHT UND
RECHTSSCHUTZ
02/2017

Informationen der
GEW-Bundesstelle für Rechtsschutz.
Verantwortlich: Katrin Löber,
Volker Busch, Gerhard Jens
69. Jahrgang

Foto: zplusz

Mitbestimmung ausgeschlossen

// Der Personalrat kann nicht über die Erfahrungsstufe in der Besoldungsgruppe, in die neu eingestellte Beamtinnen und Beamte einsortiert werden, mitbestimmen. Das Bundesverwaltungsgericht unterschied in seinem Urteil zwischen der Mitbestimmung bei der Einstellung und bei der Eingruppierung. //

Das Mitbestimmungsrecht des Personalrats bei der Einstellung von Beamtinnen und Beamten gilt nicht für Entscheidungen über deren Einstiegsbesoldung. Das hat das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) für die Festsetzung von Erfahrungsstufen klargestellt. Der Personalrat hat demnach kein Recht mitzubestimmen, wenn der Dienstherr die Erfahrungsstufen für die Besoldung der neu eingestellten Beamtinnen und Beamten festlegt. Nach der Besoldungsgruppe und diesen Erfahrungsstufen, die 2009 im Bundesbesoldungsgesetz eingeführt wurden, bemisst sich das Grundgehalt. Beamtinnen und Beamte werden mit ihrer Ernennung auf Probe oder auf Lebenszeit in eine Stufe in ihrer Besoldungsgruppe eingeordnet. Dabei können Erfahrungszeiten, etwa aus einer früheren Berufstätigkeit, angerechnet werden. Die Zeiten zählen beim Aufstieg in die nächsthöhere Stufe.

Der Personalrat machte bei dieser Stufenzuordnung ein Mitbestimmungsrecht geltend. Vor dem Verwaltungsgericht und dem Oberverwaltungsgericht hatte sein Antrag Erfolg. Deshalb legte der Dienstherr gegen diese Entscheidungen Beschwerde beim BVerwG ein.

Der Antrag des Personalrats sei zwar zulässig, beschied das BVerwG, aber unbegründet. Das Gericht erkannte ein berechtigtes Interesse des Personalrats, sein Mitbestimmungsrecht unabhängig von einem konkreten Streitfall allgemeingültig klären zu lassen. Jedoch sah das Gericht im Bundespersonalvertretungsgesetz keine Begründung für den Antrag. Der Gesetzgeber habe darin die Mitbestimmung für die Einstellung und für die Eingruppierung von Beamten in zwei Paragrafen gesondert geregelt, verdeutlichte das BVerwG. Die Vorinstanzen hätten die Rechtsnorm jedoch falsch angewendet, kritisierte das Gericht und stellte richtig: Die erste Festsetzung von Erfahrungsstufen falle nicht unter die Mitbestimmung bei der Einstellung.

Das BVerwG hob hervor, dass das Bundespersonalvertretungsgesetz zwischen der Mitbestimmung bei der Einstellung und bei der Eingruppierung unterscheide. Die beiden Sachverhalte verfolgten verschiedene Zwecke. Die Mitbestimmung des Personalrats bei der Einstellung diene dazu, die Beschäftigten in einer Dienststelle und deren Interessen zu schützen. Der Personalrat kann seine Zustimmung zur Einstellung einer Person verweigern, wenn er darin einen Gesetzesverstoß sieht.

Hingegen solle das Mitbestimmungsrecht bei der Eingruppierung sicherstellen, dass diese möglichst zutreffend erfolgt. „Bedenken des Personalrats gegen die Richtigkeit der vorgesehenen Eingruppierung stellen mithin keinen sachlich gerechtfertigten Grund für einen Widerspruch gegen die Einstellung dar“, erläuterte das Gericht. Sinn und Zweck der gesetzlichen Regelung verlangten nicht, dass sich die Mitbestimmung auf die Erstfestsetzung der Erfahrungsstufen – als Anwendungsfall der Eingruppierung – erstreckt. Das Gericht hielt diese Auslegung auch mit Blick auf die Unterscheidung zwischen Beamten und Tarifbeschäftigten für gerechtfertigt. Es verstoße nicht gegen das Gleichheitsgebot des Grundgesetzes, dass dem Personalrat bei der Stufenzuordnung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes ein Mitbestimmungsrecht zusteht, jedoch nicht bei der Festsetzung von Erfahrungsstufen für Beamtinnen und Beamte. Der Gesetzgeber müsse Beamte nicht in jeder Hinsicht mit Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes gleichstellen.

Barbara Haas,
freie Journalistin

Bundesverwaltungsgericht vom 24. November 2015 – 5 P 13.14

RECHT UND
RECHTSSCHUTZ
02/2017

Informationen der
GEW-Bundesstelle für Rechtsschutz.
Verantwortlich: Katrin Löber,
Volker Busch, Gerhard Jens
69. Jahrgang

Foto: zplusz

Nachteil gegenüber Ehegattin

// Wegen ihrer Homosexualität ist eine Beamtin nach Überzeugung des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Lüneburg diskriminiert worden. Die in einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft lebende Frau sei beim Anspruch auf Familienzuschlag gegenüber Ehegattinnen im Nachteil. //

Das OVG hat einer Beamtin, die in einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft lebt, rückwirkend einen Familienzuschlag zugesprochen. Das Gericht begründete den Anspruch der Klägerin damit, dass Paare mit eingetragener Lebenspartnerschaft wie verheiratete Beamtinnen und Beamte behandelt werden müssten. Für die Zahlung des Familienzuschlags müssten bei homosexuellen Paaren die gleichen Voraussetzungen gelten wie bei heterosexuellen Partnern. Die Klägerin wurde nach Auffassung des OVG jedoch nicht gleichbehandelt. Das Land Niedersachsen habe die Oberstudienrätin als Partnerin in einer eingetragenen Lebensgemeinschaft gegenüber einer Ehegattin benachteiligt. Ihr wurde für einen Zeitraum kein Familienzuschlag gezahlt, in dem sie den Besoldungszuschlag als verheiratete Beamtin bekommen hätte. Das OVG sah darin eine Diskriminierung der Lehrerin wegen ihrer sexuellen Prägung und damit einen Verstoß gegen die europäische Richtlinie zur Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf aus dem Jahr 2000 (RL 2000/78/EG). Darin gibt die Europäische Union ihren Mitgliedsstaaten einen allgemeinen Rahmen gegen Diskriminierung wegen der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung vor.
Niedersachsen habe diese Richtlinie nicht vollständig umgesetzt, kritisierte das Gericht. Das Verfahren für die Zahlung des Zuschlags sei in den niedersächsischen Vorschriften für Beamte, die in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften leben, ungünstiger gestaltet als für verheiratete. Die Regelungen im niedersächsischen Gesetz über die Anpassung der Besoldung und Versorgung im Jahr 2013 sowie zur rückwirkenden Gleichstellung von Ehen und eingetragenen Lebenspartnerschaften im Besoldungs-, Versorgungs- und Beihilferecht widersprechen laut OVG den Vorgaben der RL 2000/78/EG. Denn nach dem niedersächsischen Gesetz haben Beamtinnen und Beamte in eingetragenen Lebenspartnerschaften erst ab dem Jahr einen Anspruch auf die (Nach)Zahlung des Familienzuschlags, in dem sie den Anspruch geltend machen. Eine solche zeitliche Einschränkung sieht die europäische Richtlinie nicht vor. Im Gegensatz zu Lebenspartnern benötigen Eheleute für den Zuschlag keinen Antrag. Er ist Bestandteil der Besoldung und steht verheirateten Beamtinnen und Beamten ab ihrer Eheschließung gesetzlich zu. „Wird von einem verpartnerten Beamten ein Antrag verlangt, stellt ihn dies ungünstiger als verheiratete Beamte, denen der Familienzuschlag ohne Antrag zusteht“, bemängelte das OVG. Die Klägerin habe ihren neuen Familienstand sogar angezeigt und den Zuschlag beantragt, bestätigte das Gericht. Sie hatte der Landesschulbehörde im Juni 2003 angekündigt, dass sie eine eingetragene Lebenspartnerschaft schließen werde. Ihren neuen Familienstand vom 1. August 2003 gab die Frau 2005 bei der Behörde an. Das Land gewährte der Lehrerin einen Familienzuschlag rückwirkend ab dem 1. Januar 2005. Eine Zahlung für die Zeit davor lehnte der Dienstherr ab, weil die Beamtin Ansprüche nicht rechtzeitig geltend gemacht habe.
Nach der Entscheidung des OVG muss das Land der Lehrerin den Zuschlag jedoch rückwirkend ab dem 3. Dezember 2003 zahlen. Laut Gericht ist das der frühestmögliche Zeitpunkt, um ihren Anspruch auf die europäische Richtlinie stützen zu können. An diesem Tag war die Frist für die Umsetzung der Richtlinie in deutsches Recht verstrichen. Die Mitgliedsstaaten hatten dafür bis zum 2. Dezember 2003 Zeit.

Barbara Haas,
freie Journalistin

Oberverwaltungsgericht Lüneburg vom 24. November 2015 – 5 LB 83/15

TimeTEX

So leben Lehrer/innen leichter

TimeTEX-Schulplaner
2017/2018
ab 5,95 €
Für jeden der passende dabei!
Sofort lieferbar!

Set Siebdruck Stempel
„Perpetuum“ 3-tlg. Compact
- kompaktes Stempelmaß 15 cm ø
- Stempelfarbe rot, grün und blaut

Art. 62320-43
nur 4,95 €

Verhaltens-Ampel
- wirkt motivierend und spornt zur Verbesserung an

Art. 10836-43
ab 27,90 €
Mich kann man beschriften!

Kartenschachtel flach XL
- ideal für Kleinteile
- viele Größen
- in transparent oder farbig
- aus bruchstabilem Kunststoff

ab –,35 €

Magnetische Steine
extrastarke Magnetwirkung
nur 6,95 €
- geeignet für Stahlemaille-Tafeln, Info-Boards und alle Metallflächen

Art. 93276-43

Taschen und Trolleys
Bester Preis, beste Qualität
ab 69,90 €
- große Auswahl
- hochwertige Materialien
- belastbar, mit viel Platz

www.timetex.de • TimeTEX HERMEDIA Verlag GmbH • Tel. 09442 92209-0 · Fax -66

Ihre Reiseleiter in PARIS für Klassenfahrten und Gruppenreisen
erfahren
agenturunabhängig
preisgünstig
vinculum MUNDI
Stadtrundfahrten
Ausflugsprogramme
Rundreisen
Tel.: +33 6 52 22 30 30
www.vinculum-mundi.com

Mit Hand und Verstand!
Das Original
Made in Germany
Neue Website mit vielen Unterrichtshilfen und Videos!

Lesefreude für Ihren Unterricht
- spielerisch-handelnder Umgang mit Buchstaben
- senso-motorische Lernerlebnisse
- verständnisorientiertes Lernen
- Online-Unterrichtshilfen und Videos

Lernen + Lehren mit HAHN
Besuchen Sie jetzt **www.lesefreude.net**

Die Wollmarshöhe
Klinik Wollmarshöhe

Akutfachkrankenhaus für psychosomatische Medizin
Kurzzeittherapie bei Burn-out und Stressfolgeerkrankungen
Für Privatversicherte, Beihilfeberechtigte, Selbstzahler
Stationär, teilstationär, ambulant
Therapeutisch-ganzheitliches Konzept - moderne Diagnostik und Therapieplanung
Neurologische und psychokardiologische Abklärung
Zeitgemäße Einrichtung und Ausstattung, schönes Ambiente, nähe Bodensee (Bodnegg)
Gerne senden wir Ihnen unser Exposé.
info@klinik-wollmarshoehe.de
Information / Auskunft:
07520 927-0
www.wollmarshoehe.de

Italien
Abruzzen, Toskana und mehr
Stilvolle Unterkünfte zwischen Bergen und Meer.
Persönliche Beratung. Tel. 0391 - 81 08 952
www.lupus-italicus.de

Französisch intensiv in der Provence
10.-15. Juli 2017. Niveaustufe A1, A2 und B1. Kosten für Kurs + Ü + HP = 500 €.
Anmeldung + Info: **Tel. 0174/6273600**

Insel Rügen: Ferienwohnungen mit moderner Ausstattung in Putbus, für 2-4 Pers., mit Balkon, 2 Schlafzimmer, von privat, ruhig, sonnig, Natur pur, Tel. 038301 60289
www.alte-tischlerei-putbus.de

SAMOS - GRIECHENLAND
Familie Taleporou verwöhnt Sie!
8 DZ, NR-Haus, exzellenter Service und super Frühstück!
www.pension-ermioni-samos.de

TOSKANA
- Traum-Ferienhäuser mit Meerblick
- Suiten im Steinhaus mit Pool
- Naturstein-Romantik-Hotel

www.toscana-mare.de
Telefon: 0 86 62 - 99 13

Klassenfahrten London
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
london@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

Behutsam die Welt entdecken
✓ Fernreisen weltweit
✓ Studien- und Begegnungsreisen
✓ preiswerte Flugtickets für Schüleraustausch
www.Alternativ-Tours.de
Alternativ-Tours Otto-Suhr-Allee 59
Tel. (030) 21 23 41 90 10585 Berlin
AMERIKA · ASIEN · AUSTRALIEN

Andalusien
Kleines Ferienhaus auf Finca im Olivenhain am Naturschutzpark bietet Ruhe und Erholung.
Für Wanderer ein Paradies.
T: 05171/16343 **www.la-ruca.de**

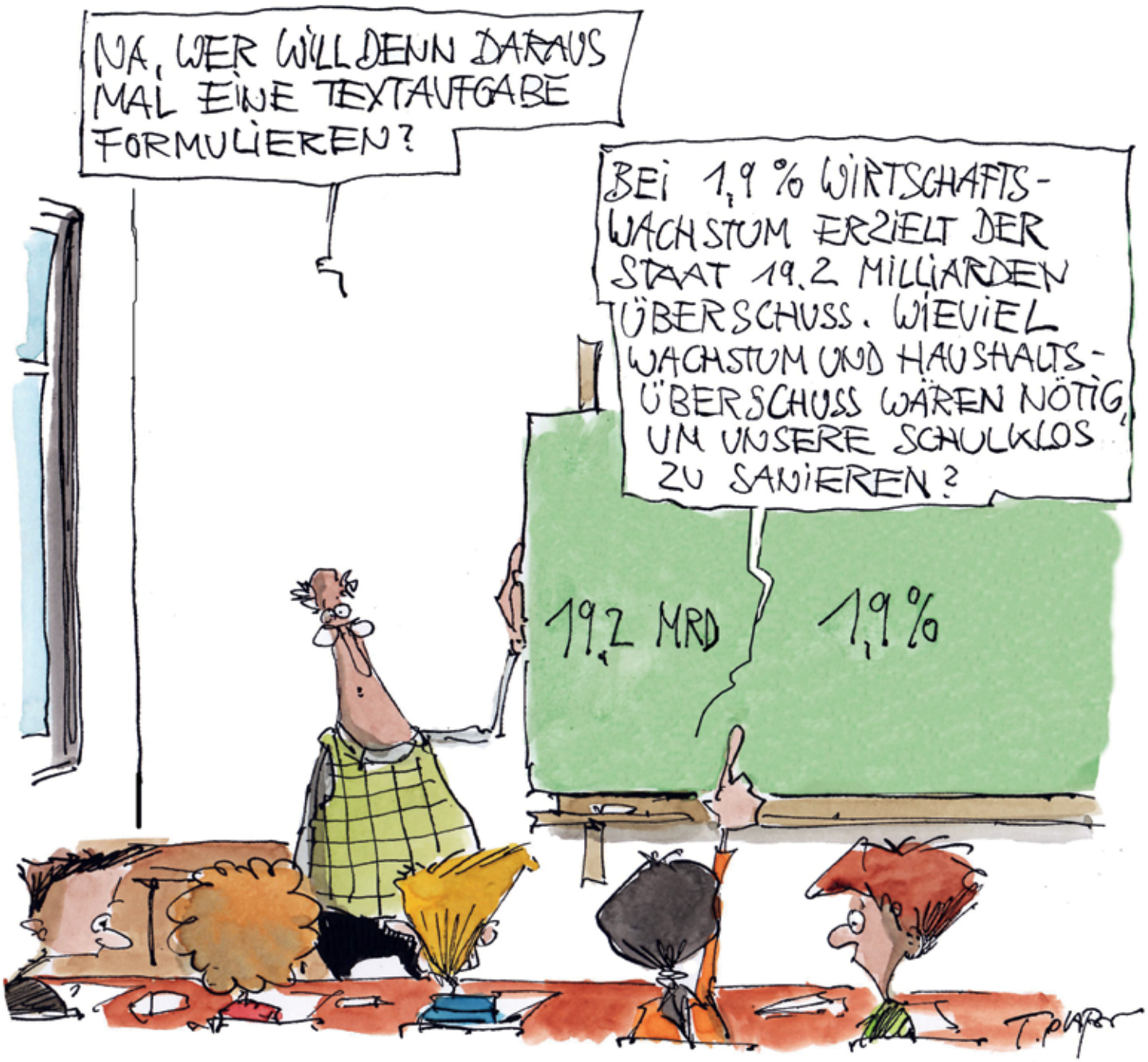
TOSCANA
Weingut zw. Florenz u. Pisa, Zi. mit HP, FeWos und Häuschen, gr. Pool. Ermäß. für GEW-Mitgl.
Tel. und Fax: 0039 - 0571 - 408041
info@aglioni.it, **www.aglioni.it**

MASUREN UND MEHR ERLEBEN
in naTOURa Reisen
www.innatoura.de
Tel: 0551 - 504 65 71

schulfahrt.de Klasse Reisen.
Klasse Reisen. Weltweit.
Der große Klassenfahrt-Ratgeber – kostenlos online
- Kostenplanung
- für jede Klassenstufe das richtige Reiseziel finden
- Verkehrsmittelplanung
- Vor- und Nachbereitung Ihrer Klassenfahrt

www.schulfahrt.de/ratgeber
Schulfahrt Touristik SFT GmbH
Herrengasse 2
01744 Dippoldiswalde
Ihr Reiseveranstalter
Tel.: 0 35 04/64 33-0
www.schulfahrt.de
Service-Center Frankfurt 069/96 75 84 17

Diesmal



ENDLICH! MEHR LEBENSWIRKLICHKEITSBEZUG IM MATHEUNTERRICHT

Cartoon: Thomas Plaßmann